

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 25 (1911)

12 (14.1.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-553626](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-553626)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einl. Fr. 1.00, für ein Vierteljahr 2.50, für ein halbes Jahr 4.50, für ein Jahr 8.00, monatlich 75 Pf. einschließlich Postgebühren.

— Mit —
Sonntagsbeilage.

Interate die Künigspaltene Korpungelle oder deren Kamm für die Intezenten in Künftigen-
Wählendawen u. Ungegend, sowie der Kallien 15 Fig. für sonstige auszuführende Intezenten
20 Fig.; bei Wiederholungen entwerfender Kallien. Wollten Kallien aus Kallener als der
Gewandtheit gefest werden, so werden sie auch nach Kallener berechnet. Kallienzelle 50 Fig.

Redaktion und Haupt-Expedition in Bant, Peterstraße 20/22. — Fernsprecher-Nr. 58. Amt Wilhelmshaven.

Killale in Seppens: Alleeustraße 21. Fernsprecher 530.

25. Jahrgang.

Bant, Sonnabend den 14. Januar 1911.

Nr. 12.

Heimarbeiterschutz!

Eine einmütige, imposante Kundgebung war es, die ein deutscher Heimarbeitertag am Donnerstag an Reichstag, Bundesrat und Reichsregierung nach in letzter Stunde vor Beratung des Heimarbeitengesetzes im Reichstag richtete, um einen wirksamen Heimarbeiterschutz herbeizuführen.

Der Einladungs des Bant für Sozialpolitik waren Vertreter aller Gewerkschaftsorganisationen — etwa 350 an der Zahl — zur Tagung gefolgt. Kater zahlreichen bekannten Sozialpolitikern und Reichstagsabgeordneten, war auch die Reichsregierung, das Handelsministerium und die mittleren bürgerliche, bauliche und elch-leihungsfähige Regierung, sowie 16 Unternehmensverbände vertreten.

Wissenschaftliche Unterlebung und praktische Erfahrung paaren sich hier zu einem Urteil über den vorliegenden Gesetzentwurf, das dem vom Referenten Professor Wilbrandt gefällten gleichkam: In der Form gefällig, an wirklicher Hilfe für den Heimarbeiter ein ärmliches Gesetz! Eine Reglementierung der Not durch Strafe! Der durch das Gesetz gewollte Heimarbeiterschutz würde sich nach der jetzigen Fassung der Gesetzesvorlage in eine Last für den Arbeiter umwandeln. Er hätte den Gesetzentwurf zu fürchten, nicht die Unternehmung, die sich jetzt schon dagegen wehrt. Eine Heimarbeitersammlung nach Inkrafttreten des Gesetzes würde wohl die im Wohn- und Schlafrum des Heimarbeiters hergestellten Lebens- und Genussmittel nicht mehr zur Schau bringen, dafür aber den befristeten Heimarbeiter, der bei Ueberzeugung der neuen Gesetzesbestimmungen betroffen worden ist. Und da umnächst jemand auch nach den armen, schlechtentlohnenden Heimarbeiter wird bestraft werden, so werden die Strafbestimmungen sehr milde gehandhabt werden müssen; und so bleibt alles beim alten.

In Professor Wilbrandts Referat bildete mit Recht die Lohnfrage den Hauptteil. Höhere Löhne seien der beste Arbeiterschutz auch in der Heimindustrie. Da nun der Gesetzentwurf eine staatliche Lohnregulierung nicht vorsehe, so seien alle anderen Bestimmungen in ihm eigentlich nur das Betwehr für einen Heimarbeiterschutz. Allgemeine Einführung von Abrechnungsbüchern, obligatorischer Ausweis von Lohnzettel und Entschädigung für unverschuldete Zellverweilungen beim Holen oder Bringen von Arbeit seien zudem für das neue Hausarbeiterschutz zu fordern. Auch das Arbeitskammergesetz müsse den Heimarbeiterschutz ergänzen. Es müsse vorsehen, eine Verpflichtung zur Förderung der Vereinbarung und Regelung der Löhne in der Heimarbeit und Wählbarkeit der Angestellten der Berufsvereine. Und für die Reichsversicherungsordnung wäre zu fordern: Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Heimarbeiter nicht nur für die Krankenversicherung, sondern auch für die sämtlichen übrigen Zweige der Arbeiterversicherung.

Die Festlegung der Mindestlöhne müsste durch zu bildende Lohnämter erfolgen. An dem Wort „Lohnämter“ werde vielfach Anstoß genommen. Die Heimarbeiter und ihre Freunde wollen keineswegs eine Art polizeilicher Disziplinierung der Löhne, sondern nur in paritätischer Weise durch Unternehmern und Arbeitervertreter festgelegten Mindestlöhne für einzelne wenige Industrien, für die Elendsindustrien in Deutschland. Ist es, zu befürchten, daß Lohnverhandlungen den deutschen Export gefährden könnten. Es sei eine alte Erfahrung, daß höhere Löhne durch härteren mechanischen Produktionsbetrieb ausgeglichen werden. Und wegen der Durchführung dieser Bestimmungen für die Einhaltung der Mindestlöhne verwies wohl der Referent auf die in England vorgelegenen hohen Strafbestimmungen, meinte aber, daß weit wichtiger die Wirkung bei der Festlegung von Mindestlöhnen sei; das Entzählen und Aufbilden der Arbeiterorganisationen; diese würden dem Gesetz erst das Maßkrat geben. Die deutsche Regierung sollte mit mehr Selbstbewusstsein und weniger Zöghaftigkeit an die Durchführung solcher sozialen Reformen herangehen und nicht dem Ausland hierin den Vortritt lassen. Ein solches Vorgehen würde einem Staate, der ein so großes Werk wie die Arbeiterversicherung zustande gebracht hat, zur Ehre gereichen.

Der deutsche Heimarbeitertag bedeutet nicht das Ende für die Propagierung eines wirksamen Heimarbeiterschutzes, sondern den Anfang; er soll aber eine entscheidende Wendung für Hunderttausende von schlecht entlohnenden Arbeitern bringen.

In der Diskussion gruppierte sich dann das Hauptinteresse um die Forderung der Erziehung von Lohnämtern und der staatlichen Regelung der Löhne für die Heimarbeiter.

Freiherr v. Berlepsch gestützte die prinzipiellen Bedenken, die die Reichsregierung bei dieser Forderung bekräftigt hat. Die Reichsregierung, so meinte Redner, bekräftigt mit diesem Gesetzentwurf einen Sprung ins Dunkle zu machen. Zugabe, daß man nicht wissen könne, was mit Inkraft-

treten des Gesetzes mit einer Schicht von Heimarbeitern würde und wie sich überhaupt das Gesetz bewähren werde, so sei doch darauf zu verweisen, daß die Reichsregierung sich nicht immer vor einem solchen Sprung ins Dunkle gefürchtet habe. Die Arbeiterversicherung, die doch weit über einzelne Bestimmungen des Hausarbeitengesetzes hinausgehe, sei ein viel größerer Wagnis gewesen, und doch sei dieser Sprung ins Dunkle ohne jedes Vorbild im Ausland gemacht worden. Auch die prinzipiellen Bedenken gegen die Festlegung von Mindestlöhnen seien nicht gerechtfertigt; früher wurden z. B. Bergarbeitelöhne durch die Behörden festgelegt. Eine allgemeine gesetzliche Regelung der Löhne sei abzuweisen. Für organisierte Arbeiter sei es entschieden besser, wenn sie in friedlicher oder auch kriegerischer Weise tariflich ihre Löhne festlegten. Aber es gebe unabhängige Industrien, in denen das Heilmittel der Organisation verfrage und da müsse der Staat helfend eingreifen. Eine generelle Regelung der Mindestlöhne für einige Elendsindustrien wird mit dem Augenblick verschwinden, wo die Heimarbeiter die Kraft der Organisation haben und so würde diese staatliche Lohnregulierung nur eine vorübergehende sein, eine Ausnahme.

Zahlreiche Vertreter aus allen Industrien dokumentierten durch Beispiele aus der Praxis, wie gerade in den Elendsindustrien, Lohnämtern legensreich wirken könnten. Zwar hatte der Vertreter der Porzellanindustrie in interessanter Weise dargelegt, wie durch seine Organisation gerade in der im Gewerbe vorherrschenden Hausindustrie die Löhne für die Heimarbeit durch Tarife geregelt sind. Laut Tarifvertrag sind dort die Unternehmer angewiesen, Lohnlisten auszuhängen, und sie werden in eine Höhe bis zu 200 M. genommen, wenn sie dieser Anforderung nicht genügen, oder nicht gleiche Löhne für Werkstatt- und Heimarbeiter zahlen. Wirkungswort war es besonders, als er darauf hinwies, daß Unternehmern und Arbeiter gemeinsam an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet haben, in der die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Heimarbeiter verlangt wird, und darauf ist heute noch keine Antwort erfolgt, so, obgleich die Eingabe schon 1909 eingereicht wurde.

Der Vertreter der Schuhmacher, Genosse Simon, wies treffend darauf hin, daß wohl in einer so kleinen auf einige Orte begrenzten Industrie, die die Arbeiter zu 90 Prozent organisiert hat, eine solche gewerkschaftliche Selbsthilfe ausreichen könne, daß aber in Elendsindustrien (so auch in der Schuhmacherei) die gewerkschaftliche Selbsthilfe verlor, bei einem Wochenverdienst von 5 M. — ohne Kost und Logis — wie sie in Überfranken in der Schuhmacherei anzutreffen ist. Diese Arbeiter können sich nicht organisieren. Hier müssen gesetzliche Maßnahmen eingreifen.

Eberle, der Vertreter des Tabakarbeiterverbandes, bezeichnete den Gesetzentwurf als unglücklich als den im Jahre 1907 für die Tabakindustrie vorgelegten. Damals sei ein gänzlich Verbot der Fabrikation von Zigarren in Schlaf- und Wohnräumen der Heimarbeiter vorgelegen, jetzt ist es in das Belieben der Behörden gelegt, die ein solches Verbot erlassen können.

Um diese eingehende Diskussion des Gesetzentwurfes gruppierte sich eine reiche Darstellung erscheinender Zustände vom Elend der Heimarbeiter. Aus der Spielwarenindustrie wurden Löhne angeführt, die geradezu entsetzlich wirken. Zwei Personen verdienen 9 M. pro Woche bei 14 bis 16 stündiger Arbeitszeit, 3 Personen 8.50 M., einer Heimarbeiters ist der Preis für gelieferte Ware von 9 M. auf 6 M. durch den Zwischenhändler gedrückt worden, sie mühte aus Not den Lohn annehmen usw.

Die anwesenden Vertreter der Regierung werden durch diese lebensschmerzliche Darstellung des Elends in der deutschen Heimindustrie hofentlich zu dem Urteil gekommen sein, daß von der Gesetzgebung das zu verlangen ist, was Professor Franke für die Heimarbeiter sagte: Schafft uns das, was wir brauchen, für unser Leben, für unsere Existenz!

Politische Kundschau.

Bant, 13. Januar.

Die verurteilte Polizei.

Die Verurteilung der Berliner Polizei durch den Spruch der Rieberkammer wirkt allgemein als eine starke politische Sensation. Man hatte zu allererst gerade von dieser Kammer etwas Beratiges erwartet, das Erstaußen ist daher grenzenlos. Und allerdings ist es etwas ganz Unerhörtes, was hier geschehen ist: ein preußisches Gericht hat Worte gesprochen, mit denen das Volk in seiner großen Mehrheit übereinstimmt! Ueber diesem außerordentlichen Ereignis verhält man nur zu leicht, daß die Härte, mit der das Urteil einen Teil der Angeklagten trifft, nicht zu vereinbaren ist mit der gleichzeitig getroffenen richterlichen Feststellung

des Verschuldens von der anderen Seite. Ueber das Verhalten der Polizei stellt das Urteil der Strafkammer fest: Es handelt sich nicht um vereinzelte Mißhandlungen, sondern das Gericht hat die Ueberzeugung, daß die polizeilichen Mißgriffe und Uebergriffe in einer größeren Anzahl von Fällen, insbesondere in den Fällen der Beleidigungen, die ganz grundlos gefallen sind, stattgefunden haben.

Wenn die Rieberkammer trotz dieser Feststellung über die Angeklagten, die doch zumeist in Ueberwehr polizeilicher Uebergriffe gehandelt hatten, mehr als zwölf Jahre Gefängnis verhängen zu müssen glaubte, so hat sie zweifellos nach bestem Wissen gehandelt, objektiv aber bleibt ihr Urteil ein schreckendes Unrecht. Zwölf Jahre Gefängnis auf der einen Seite, wozu sich ja noch die Ernte der Schwurgerichtsverhandlung gesellen wird, und hundert Orden und Ehrenzeichen auf der anderen, aber keine Unterlebung, keine Bestrafung der schuldigen Beamten, die in Ueberfreitung ihrer Befugnisse Beleidigungen, Sachbeschädigungen, Körperverletzungen und Totschlag begangen haben — das ist eine Bilanz der preußischen Gerechtigkeit, die durch die objektiv richtigen Stellen der Urteilsbegründung nicht verworfen, sondern gerade erst in das rechte Licht gestellt wird.

Die Regierung hat das unglaubliche Pech gehabt, daß gerade die ausgelachte Kammer, zu der sie das allergrößte Vertrauen hatte, ein solches Urteil abgeben mußte, das nicht bloß einzelne untergeordnete Beamte, sondern das ganze System und seinen verantwortlichen Träger, den Reichsanwalt Bechmann-Hollweg, mit voller Schwere trifft. War es doch der Reichsanwalt gewesen, der im Reichstag, mitten während der schwebenden Verhandlung den Anspruch wagte, die Polizei habe in Moabit „nur ihre Pflicht“ getan, und der später zwar in ganz veräußelter Form die Möglichkeit vorzuziehen zugeb, die „moralische Mißstände“ an den Moabiter Ereignissen aber auf die Sozialdemokratie abgesehen verstände. Diese „moralische Mißstände der Sozialdemokratie“ zu behaupten, hat das Gericht nach dem Widerruf des Staatsanwalts keine Möglichkeit mehr gefunden. Es hat aber den Reichsanwalt weiter auch dahin fortgeführt, daß nicht möglicher Weise vereinzelte Mißgriffe, sondern daß tatsächlich zahlreiche polizeiliche Mißgriffe vorgekommen sind. Herr v. Bechmann-Hollweg ist ein blamierter Europäer.

Die drastischen Wirkungen, die der Spruch des Gerichts in den höchsten Regionen hervorgerufen hat, äußern sich zunächst in einer schmerzhaft gewordenen offiziellen Erklärung, die in der letzten Nummer der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung zu finden ist. Herr von Bechmann-Hollweg sucht sich zunächst damit zu trösten, daß das Gericht die Tätigkeit von Vordrängern nicht als erwiesen betrachtet, daß es dagegen die Beteiligung organisierter Arbeiter an den Tumulten als feststehend angenommen hat. Ueber die Verurteilung der Polizei durch die Rieberkammer kauft die offizielle Erklärung aber mit dem einen Satze hinweg:

Die „bedauerlichen Ungleichheiten“ der Beamten sind jedenfalls nur ein Teilergebnis des Prozesses und dürfen die übrigen Feststellungen nicht verwischen.

Weiter werden die Moabiterreden des Reichsanwalts mit einem vorzüglich einschneidenden Kommentar versehen. Die Reibungen zwischen Arbeitswilligen und den Streikenden seien nur aus der „fortgeschrittenen Heftigkeit der sozialdemokratischen Presse“ zu erklären. (Ohne diese „Heftigkeit“ hätten wohl nach der Meinung des regierenden Philosophen die streikenden Arbeiter dem Streikbrecheragenten Hingie Coationen dargebracht!) Dann aber wird die Sache viel interessanter, es heißt nämlich wörtlich:

Natürlich (!) hat der Reichsanwalt nicht behauptet, daß die sozialdemokratische Partei diese Krawalle angezettelt hat. Es liegt ja auf der Hand, daß diese Ausschreitungen der Parteileitung für die gegenwärtigen politischen Zwecke nur unerwünscht sein konnten, weil sie auf die bürgerlichen Wähler keine wirkende, sondern lediglich eine abtönde Wirkung ausüben mußten.

Also auch Herr v. Bechmann bekennt sich zur Meinung des Staatsanwalts. Die Krawalle waren weder von der Organisation angezettelt noch auch nur gewollt, im Gegenteil, es liegt jetzt auf einmal „auf der Hand“, daß die Organisation so niederträchtig war, diese Krawalle nicht zu wollen. Nichts ist für Herrn von Bechmann und seinesgleichen fataler, nichts erregt in höherem Grade ihre Wut, als daß sich die Organisationen streng im Rahmen der Gesetzlichkeit bewegen.

Waren die Krawalle von Moabit, die, wie jetzt „auf der Hand liegt“, der Sozialdemokratie so unerwünscht, so schienen sie wohl anfangs gewissen Kreisen desto erwünschter. Die Leute glaubten, sie würden an dem Moabiter Feuer in aller Ruhe ihr Säckchen lachen können. Die Frage

bleibt offen, wer nun eigentlich dieses Feuer angezündet hat; daß es die Sozialdemokratie nicht war, wird sehr leicht von der offiziellen „Nord. Allg. Ztg.“ bestätigt. Es liegt sehr nahe, die eigentlichen Schuldigen von Moabit unter jenen zu suchen, die die Straßenszene zu ihrem politischen Wortspiel auszunutzen gedacht haben und nun blamiert bis auf die Knochen dastehen.

Zum Schluß teilt sich der Offizidus des Herrn von Bethmann den Weg zu bekämpfen, das Moabiter Urteil habe die Andenkungen des Reichsfanzlers bekräftigt und „keine dialektische Kunst“ sei imstande, die Darlegung des Reichsfanzlers über die moralische Mithuld der Sozialdemokratie zu entkräften. Man gewinnt fast den Eindruck, als ob der Offizidus des Reichsfanzlers durch die Schule der Struhschneider „Wahrheit“ gegangen sein müßte. Wenn man schon zu dem abgetrauten schmerzigen Verleumdungsstück greifen muß, zur Hälfte aufrecht zu erhalten, was man eben als Ganzes widerrufen hat, dann zeigt man nur, daß die Verleumdung am höchsten, das Mißtrauensgefühl aber zu gleich den tiefsten Punkt erreicht hat. Mit Dialektikern vom Schlage des Herrn v. Bethmann-Hollweg läßt sich nicht anständig diskutieren.

Gegenüber der offiziellen Verleumdung mißt die Wut der konterrevolutionären Presse über das unverteilte Urteil geradezu herzerstreuend. Die „Deutsche Tageszeitung“ fanzelt das Gericht sichtlich ab, sie kann „mit den einzelnen Feststellungen und Anschauungen“ des Urteils „nicht übereinstimmen“. Den Vogel aber schlägt, wie in solchen Fällen gewöhnlich, das schändliche orthodoxye Plattenblatt, der „Reichsbote“ ab. Diefes schreibt:

... Und ebenso ist die Tatsache unanfechtbar, daß die Berliner Polizei in Moabit sich durchaus in den Grenzen ihres Berufs bewegt hat. Die Gesamtlage der Dinge in Moabit rechtfertigt ihr Vorgehen vollkommen.

Für den „Reichsbote“ existiert weder das Urteil noch die Jugendschuld der Regierung. Er segnet jeden Sabelhieb im Namen der christlichen Liebe.

Es gehört heute eine eiserne Stirn dazu, die Polizei, so wie es der „Reichsbote“ getan hat, in Schutz zu nehmen. So weit hat es die Polizei gebracht, bis zur völligen moralischen Isolierung. Den Jagow, Klein, Ruhn, Holle und ihren Leuten geht es ähnlich wie dem General Adolph von Port Prebun: auch sie können mit Orden und Auszeichnungen nicht vor dem Urteil getretet werden, das Volk und Richter n unerschütterlicher Einmütigkeit über sie aussprechen.

Bureaufatismus in den Reichsbetrieben.

Die Budgetkommission des Reichstags nahm am Donnerstag ihre Tätigkeit mit der Beratung des Marineetat wieder auf. Die schweren Mißstände, die auf den Reichsbetrieben zutage getreten sind und heftige parlamentarische Kämpfe hervorgerufen haben, führten zu einer schärferen Beobachtung der Marinebetriebe, wobei sich herausstellte, daß dort ebenso zeit- und geldraubend umständlich wie bürokratisch unordentlich gearbeitet wird. Die Abg. Erzberger, Rader und Dr. Weber legten der Kommission zwei Resolutionen vor, die eine Vereinfachung der Rechnungskontrolle, die Übertragbarkeit der Staatsartikel für die Werftbetriebe und eine nach kaufmännischen Grundsätzen geführte Bilanz fordern. Die drei Abgeordneten haben sich nach ihrer Angabe auf eigene Kosten die Werften in Kiel und Wilhelmshafen genau angesehen, wobei sie auch gefunden haben, daß die Rechnungskontrolle, die von dem Rechnungshof in Potsdam vorgenommen wird, profitlich nur wenig Wert hat und außerdem in der Weise erfolgt, daß jährlich oftmals 24 000 Kilogramm Rechnungen hin- und hergeschickt worden sind. Als in einer Rechnung der Nachweis über eine Ausgabe von 280 Mk. fehlte, erforderten die Nachforschungskosten nicht weniger als 48 Mk. Ausgaben. Die für den praktischen Kontrolldienst angestellten höheren Beamten können ihre eigentlichen Pflichten nicht erfüllen, weil die grauenvolle kamerallistische Rechnungsführung sie ununterbrochen am Schreibtisch fesselt. Unter anderem wurde erwähnt, daß ein höherer Beamter des Rechnungshofes offenbar von dem im Vorjahre beschlossenen Reichskontrollgesetz keine Kenntnis hat, sondern seine Tätigkeit und seine Ansichten immer noch auf der preußischen Verordnung von 1824 stützt.

Kedner aller Parteien verlangten eine Veränderung, die von der Regierung auch zugesagt wurde; mit der kaufmännischen Buchführung sei teilweise ja schon begonnen worden. Die Regelung der geforderten Übertragbarkeit der Titel für die Werften, die im Etat 1911 die Summe von rund 29 Millionen umfassen, soll der Vereinbarung zwischen Marine und Schatzamt überlassen bleiben und später durch Beschlüsse festgelegt werden. Nebenbei wurde auch über die Tätigkeiten mancher höherer Beamten in den Staatsbetrieben gesprochen; Abg. Baasche erzählte, als Professor der technischen Hochschule habe er auf die Frage nach der Berufswahl der Studenten nicht selten die Antwort gehört: „Der muß ja in den Staatsbetrieb gehen; er kann ja nichts, folglich bleibt ihm auch nichts weiter übrig.“ — Die vorgeschlagenen Resolutionen fanden einstimmige Annahme.

Zu Beginn der Sitzung beschwerte sich der Vorsitzende v. Camp über einen Angriff der „Freisinnigen Zeitung“, die ihn beschuldigte, bei der Auswahl der Referenten zugunsten des schwarzblauen Blocks zu entscheiden. Von sozialdemokratischer Seite wurde erklärt, zu einem individuellen Vorwurf liegt kein Anlaß vor, aber es bleibe doch der Eindruck, die Freisinnigen seien in diesem Jahre schlecht behandelt worden. Die Sozialdemokraten hätten sie auch bei manchen Gats und Gehen das Referat wegen ihrer grundsätzlichen Stellung abgelehnt.

Deutsches Reich.

Berlin, 13. Januar. Aus Anlaß der Moabiter Streikunruhen sind beim Berliner Magistrat insgesamt 201 Entschädigungsansprüche angemeldet worden. Davon sind 110 Anträge auf Schadenersatz abgelehnt worden.

— Die infolge des Todes des Zentrumsabgeordneten Schmidt im bayerischen Reichstagswahlkreis Immenstadt notwendig gewordene Nachwahl ist auf den 25. Februar angesetzt worden.

Reichsversicherungsgesetz. Die Kommission legte am Donnerstag ihre Beratungen dem § 211 des Krankenversicherungsgesetzes fort. In den § 218 war in erster Lesung von der Kommission eingebracht worden, daß neben Wochenlohn auch verdingliche Gehälter des Versicherten auch Stillscheld gewährt werden sollte. Da das jedoch ein und dasselbe belag, so wurde das Stillscheld wieder gestrichen. Beim § 212 wurde ein Antrag, daß neben Ehefrauen auch weiblichen Personen Hebammenbesoldung und ärztliche Geburtshilfe gewährt werden sollen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, des Freisinnigen und der Polen gestrichen. — Ein von der Kommission in erster Lesung angenommener Antrag zu § 218a, nach dem versicherungsfreie Ehefrauen des Versicherten die erforderlichen Hebammenbesoldung und etwaige ärztliche Geburtshilfe gewährt werden, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen gestrichen. — Ein Antrag des Abg. Hoch und Gen., daß jedem, der aus der Kasse aussteigt, auf sein Verlangen eine Bescheinigung darüber ausgestellt werde, wie lange seine Unterhaltungsbeihilfe noch dauert, damit z. B. auf Wanderarbeit gehende Arbeiter im Falle einer Erkrankung ohne Weiteres Unterhalt im Krankenhaus finden können, wurde einstimmig angenommen. — Beim § 235 verlangte das Zentrum, daß die Bezeichnung Landrentenbesitzer beseitigt und dafür Berufsrentenbesitzer und Sonderrenten gesetzt werde. Von unseren Genossen wurde darauf hingewiesen, daß der Beruf der Landrentenbesitzer dadurch nicht beseitigt werden könne; eine noch so schöne Namensänderung könne nicht die Mängel beseitigen, die diesen Kassen durch Zentrumsbeihilfe anhaften. Der Zentrumsantrag wurde abgelehnt. — Nach § 238 sollten Landrentenbesitzer, die dauernd weniger als 500 Mark jährl. haben, mit der Ortsrentenkasse vereinigt werden. Das Zentrum schlug zunächst vor, das solle nur dort geschehen, wo sich die Ortsrentenkasse über den ganzen Bezirk des Verwaltungsamtes erstreckt. Dieser Antrag, der auch von der Regierung beifällig wurde, bezweckte, alle, auch die kleinsten, Landrentenbesitzer zu erhalten. Das Zentrum änderte seinen Antrag dann ab und wollte statt 500 nur 250 Mitglieder setzen. Auch dieser Antrag wurde von unseren Genossen beifällig beifällig; er wurde dann auch abgelehnt. Die weiteren Paragraphen bis zum § 249 fanden keine Beachtung.

Ein Vorstoß der Scharfmacher? Der „Völkler“ will wissen, daß die polizeilich genehmigten sozialdemokratischen Straßenkundgebungen in Glas-Vorbringen bei nächster Gelegenheit im Reichstag zur Sprache gebracht werden sollen. Natürlich könnten es nur die Scharfmacher sein, die Bethmann-Hollweg gegen die reichsverbandlichen Behörden in Trab zu setzen veruchen. Denen aber, die berechtigten Protest gegen die reichsständische Verfassungsreform erheben, könnte eine Gelegenheit, auch außer der eigentlichen Beratung der Vorlage Kritik an dieser Art „Reform“ zu üben, nur willkommen sein.

Auf falscher Fährte. Die Düsseldorf Polizeidirektion forderte von der Arbeiterjugend, die binnen zwei Wochen die Statuten des „Bereins der Arbeiterjugend“ einzureichen und die Mitglieder des Vorstandes zu nennen, da die Jugendorganisation eine „Einwirkung auf politische Angelegenheiten“ bezwecke. Die Aktion der Polizei glückte natürlich vordel; es gibt in Düsseldorf wohl eine große Zahl von Vertretern der „Arbeiterjugend“, die sich zuweilen auch zu geistlichen Zusammenkünften und Ausflügen treffen, aber keinen Verein im Sinne des Gesetzes.

Russland.

Aus dem Sumpf der Korruption. Aus Petersburg wird gemeldet: Der Hauptkonferenzsekretär des Kriegs- und Marineministeriums in Moskau, Wostokow, hat sich beim Beginn der Revision der Konferenzleistungen erködelt. Es wurde festgestellt, daß die von Wostokow geleiteten Konferenzen seit vielen Jahren verfallen waren und zahlreiche Entlohnungen unter dem Militär hervorriefen. Die Revision wird abermals ein „Panama“ aufdecken, bei dem wiederum viele Beamte der beteiligten Ressorts schwer kompromittiert sind.

Die Wahlen in Finnland sind entgegen unserer neulichen Meldung noch nicht beendet. Es sollen aber nur noch wenige Bezirke ausstehen, das Ergebnis bleibt aber immer dasselbe. Die sozialdemokratische Partei ist die stärkste Partei. Bisher wurden, wie unter dem 12. Januar gemeldet wird, gewählt für die Sozialdemokraten 315 432, die Altfinnen 172 846, die Jungfinnen 114 532, die Schweden 106 289, die Agrarier 61 614 und die christlichen Arbeiter 14 545 Stimmen.

Die russische Zensur abgelehnt. Aus Helsingfors wird gemeldet: In der Frage der Verantwortlichkeit der Drucker, welche sich weigern, Kontrolllexemplare der Druckwerke den Behörden vorzulegen, entschied der Senat-Protokurreur, daß eine derartige Pflicht der Drucker mit der Abschaffung der Zensur in Einklang gebracht werden könne. Hierdurch ist die Kontrolle der Druckwerke unmöglich.

England.

Neuer Streik in Wales. In dem Kohlenberggebiet von Wales, wo noch vor nicht langer Zeit Streikunruhen blutig niedergeschlagen worden sind, haben jetzt wieder Streikunruhen begonnen. Aus London wird berichtet: In Wales haben die Streikunruhen wieder begonnen. In einer Massenversammlung wurde die Wiederaufstellung von Streikposten beschlossen und sogar die Besetzung der Streikposten vorgeschlagen. Die Beamten in den Gruben sollen verhindert werden, andere als ihre spezielle Arbeit zu verrichten. Es wurde beschlossen, neue Demonstrationen zu veranstalten. Nach der Versammlung zog die Menge nach der Gifford-Hoch-Grube und zwang den Maschinen zum Verlassen der Fördermaschine. Auf die Bauhilfen und die

arbeitenden Bergleute wurden Steine geschleudert. Es wurde sofort ein größeres Polizeiaufgebot herbeigerufen.

Portugal.

Die Streikbewegung in Portugal. Aus Lissabon wird gemeldet, daß die Eisenbahner und die Handlungsgeschäfte in Lohnbewegungen eingetreten seien. Von den ersten hieß es, daß sie den Generalstreik proklamiert hätten. Wer die elende Lage der arbeitenden Klasse unter dem alten Regime kannte, braucht sich nicht zu wundern, wenn die Arbeiter und Bediensteten die erhaltene bürgerliche Freiheit bemerken, ihre elende soziale Lage zu verbessern. Hinter dem bürgerlichen Klassenkampf folgt auf dem Fuße der proletarische. Zur Kennzeichnung der Lage sei von den vielen durcheinanderlaufenden Berichten der wiedergegeben, den das Berliner Tageblatt von seinem Lissaboner Korrespondenten erhielt. Derselbe schreibt unterm 11. Januar:

„In der ersten Morgenrunde des heutigen Tages wurde der Generalstreik auf sämtlichen Eisenbahnlinien der Republik Portugal verkündet. Die Streikenden führen an, daß sie schlecht bezahlt seien und daß die Arbeitszeit übermäßig lang sei. Um 3 Uhr morgens wurden Telegramme nach allen Stationen Portugals geschickt, worin das Streikkomitee die Eisenbahner ersucht, unweigerlich den Dienst zu verlassen, wofür sie sich noch darin befinden. Die Zahl der Ausständigen beträgt im Augenblick 7000. Im nördlichen Portugal ist überhaupt keine Spur von Verkehr mehr wahrzunehmen. Ursprünglich hatten die Ausständigen nicht die Absicht, daß der internationale Verkehr unter dem Streik leiden solle, und sie wollten ihren Kameraden gestatten, den Dienst für den Wadriber und Passier Expresszug durchzuführen, aber die Angehörigen weigerten sich, zu arbeiten, und so mußten diese Züge liegen bleiben. Die Ausständigen gaben der Regierung die verbindliche Erklärung ab, daß kein Akt von Sabotage vorkommen werde, daß sie aber den Streik solange durchzuführen würden, bis sie die gewünschte Erhöhung der Arbeitszeit erlangt hätten. Die Vertreter streikten gleichfalls und verlangten einen zehnstündigen Arbeitstag. Schlämerwelle haben sich auch die Angestellten des Detailhandels den Streik angeschlossen und erklären, daß sie fortan nur von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends mit zweistündiger Mittagspause arbeiten würden, daß außerdem die Sonntagsruhe wie in dem übrigen Europa streng durchgeführt werden müsse. Automobile fuhren durch die Straßen Lissabons und warfen Broschüren, in denen das Publikum zur Unterstützung der Ausständigen aufgefordert wird, aus. Ein Gesandener beordneter Garde folgte diesen Automobilen im Galopp durch die Straßen, hielt sie schließlich an und brachte sie nach dem Stationskommando. In Lissabon patrouillierten Truppen in den Straßen. Die Regierung läßt abends erklären, daß der Streik künstlich angezettelt wurde, um ihr Schwierigkeiten zu bereiten. Am späten Abend kam es zwischen Ausständigen und Arbeitswilligen zu geringfügigen Zusammenstößen.“

Amerika.

Protektorat der Nordamerikanischen Union über Honduras. Den Bürgerkriegen in der exotischen Republik Honduras dürfte jetzt ein Ende gemacht sein. Die Vereinigten Staaten-Regierung bringt die Finanzen in Ordnung und legt dafür die Hand auf die Steuerquellen. Aus New York wird gemeldet: Der heute vom Staatssekretär Knox und dem Finanzminister Juan Pineda von Honduras unterzeichnete Antikvertrage bedeutet, obwohl die darin erwähnten Zollerhöhen durch eigene Beamte der Republik Honduras erfolgen sollen, tatsächlich die Erleichterung des Protektorats der Vereinigten Staaten über Honduras. Die revolutionäre Armee dringt unter Führung des früheren Präsidenten Bonilla nach Teiba vor. Es wird jedoch erwartet, daß durch das Protektorat der Union die Revolution bald unterdrückt sein wird.

Brazilien.

Rio de Janeiro nicht mehr Bundeshauptstadt? Ein Radiotelegramm aus Rio de Janeiro meldet: Der frühere Kriegsminister General Bormann ist zum Präsidenten des Obersten Militärgerichts ernannt worden. Unter Hinweis auf die wiederholten Reuerien in der Kriegsmarine hat General Bormann die abermalige Beilegung der Bundesregierung nach Bello Horizonte, der neuen Hauptstadt von Minas Geraes, angeregt, indem er darauf hinwies, daß die Verfassung diese Beilegung erfordert.

Sokales.

Sant, 13. Januar.

Sind Lehrer Gemeindebeamte?

Diese Streitfrage, die auch die Gemeinde Sant berührt, weil auch in ihrer Vertretung Schullehrer saßen, die auf Grund einer Ministerialverordnung die Ausübung des Amtes unterlassen mußten, ist gestern vor dem Oberverwaltungsgericht in Oldenburg verhandelt und entschieden worden. Zum Antrag gebracht wurde der Fall des Lehrers Pape zu Delmenhorst. In diesem Falle hat das Verwaltungsgericht in Barel, vor welches er in erster Instanz gebracht wurde, entschieden, daß Herr Pape die Wahlbarkeit für den Stadtrat dadurch nicht verloren habe, weil die Volksschule Gemeindebesitz gewesen sei. Gegen dieses Urteil legte das Ministerium Berufung ein.

Das Oberverwaltungsgericht, das, wie gesagt, gestern in zweiter Instanz darüber zu entscheiden hatte, war zusammengesetzt aus Oberverwaltungsgerichtspräsident Dugend, Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Dröber, Oberverwaltungsgerichtsrat Becker und den Landtagsabgeordneten Tamm, Stollhamm und Müller-Waale. Die Regierung wurde vertreten durch Geh. Oberregierungsrat Calmeyer-Schmedes, der Stadtrat Delmenhorst durch Rechtsanwalt Wülfers.

Ueber die Verhandlung entnehmen wir den Nachf. St. u. L. folgendes:

Geh. Oberregierungsrat Calmeyer-Schmedes führte aus, daß die Volksschulen durch das neue Schulgesetz Ministerien der politischen Gemeinden geworden seien. Das

Ministerium als Aufsichtsbehörde hatte danach dafür zu sorgen, daß die Lehrer nun auch von den Gemeinden als Gemeindebeamte anerkannt würden. Die Folge davon sei gewesen, daß die von der Wählerliste zur Gemeindevertretung ausgeschloffen seien. Nachdem nun die Sache anhängig geworden ist, habe man die Pflicht, die Frage gründlich zu prüfen. Es kam deshalb nicht seine Aufgabe sein, den Standpunkt der Staatsregierung einseitig zu vertreten, sondern den Sachverhalt objektiv darzustellen, damit ein dementsprechendes Urteil zustande komme. Wenn man das politische Recht unbefangenen, müsse man sagen, daß es an klaren, zweifelsfreien Bestimmungen über die Stellung des Lehrers in Staat und Gemeinde fehle. Redner geht dann näher darauf ein, in welcher Weise die Anstellung der jungen Lehrer erfolge. Ein Teil werde angestellt an einer Schule, die eine Anstalt einer politischen Gemeinde sei, und sie würden dem Schulvorstand unterstellt, der die Aufsicht tragt eigenen Rechts führe. Die Lehrer bejahen nicht die Eigenschaften eines Zivilstandsbeamten, sie seien aber Beamte eigener Art; seien sie an einer Gemeindechule angestellt, so seien sie die für Gemeindebeamte geltenden Bestimmungen zu.

Rechtsanwalt Wiffert erwidert, man müsse bei der Beurteilung der Frage davon ausgehen, was unter „Gemeindebeamte“ überhaupt zu verstehen sei. Nach der einschlägigen Literatur sei man sich einig darüber, daß der Beamtencharakter durch folgende Vorbedingungen begründet sei: 1. durch den Anstellungsvertrag, 2. ein öffentlich-rechtliches Vertragsverhältnis, durch das eine Gehorsamspflicht der Angestellten und ein Gewaltverhältnis des Anstellers geschaffen werde; 3. durch die Verpflichtung zu einer dauernden Dienstleistung. Die Lehrer stehen aber nicht zu der Gemeinde in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis, sondern zum Staat, der sie auf Grund eines Vertrages zur Dienstleistung an einer Gemeindeanstalt verpflichtet. Das Staatsgrundgesetz spreche aus, daß den Gemeinden die Anstellung der Beamten gewährt werden solle. Es heißt aber weiter: Der Staat stellt die Lehrer der Volksschulen an. Daß die Lehrer ihre Tätigkeit von den Schulaufsichtsschulen an die Gemeindechulen verlegt hätten, habe in ihrer Stellung nichts geändert, da das Staatsgrundgesetz schon sage, daß die Schulen Gemeindechulen seien. Für die Beurteilung der Frage, wer Beamter sei, sei die Frage belanglos, ob der Betreffende Gehalt beziehe oder woher er es beziehe.

Geb. Ob.-Rat Calmeyer-Schmedes erwiderte, es komme darauf an, wenn der Lehrer die Dienste leiste, und die leiste er der Gemeinde, so lange er angestellt sei. Rechtsanw. Wiffert sagt noch einmal auseinander, es komme darauf an, wer die Anstellung vornähme. Der Vertrag seiner Gehalt komme der Gemeinde zugute, aber er leiste sie dem Staat.

Nach dreistündiger Beratung wurde das Urteil dahin verfaßt, daß das Urteil des Verwaltungsgerichts Barz aufgehoben sei. Die Begründung wird den Parteien schriftlich zugestellt. Darnach sind also die Lehrer Gemeindebeamte und als solche nicht wählbar für die Gemeindevertretung. Damit ist eine endgültige Entscheidung in dieser für viele Orte kritisch gewordenen Frage gefällt. Wir stehen allerdings auf dem Standpunkt, daß den Lehrern das Wahlrecht in der Kommune nicht hätte geschmälert werden dürfen, schon allein darum, weil sie mit ihrem vollen Gehalt zur Gemeindesteuer herangezogen werden.

Ueber Bord gespült wurde auf der Reise von Tansig nach Kiel der auf dem kleinen Reger „Angsburg“ dienende Zimmermannsgast Rath, ein Sohn des hiesigen Galtwirts Rath (Jessenländer Hof). Der junge Mann konnte infolge des stürmischen Wetters nicht gerettet werden.

Im Colosseum gastiert gegenwärtig das Tanz- und Gesangs-Ensemble „Die Schillerer“. Die kultigen Sänger, drei Herren und eine Dame, erfreuen die Gäste durch flottes Spiel und vorzügliche Schupplattler. Wir können einen Besuch dieses angenehmen Konzertlokals nur empfehlen.

Wilhelmshaven, 13. Januar.

Das neue Adreßbuch für 1911 ist erschienen. Der städtische Band hat in diesem Jahre noch zugenommen; er umfaßt 624 Seiten Verzeichnis und 112 Seiten Inserate. Der Preis hat sich auf 3 Mk. erhöht. Abgesehen von einigen Ungenauigkeiten im Vereinsregister, für die aber die Vereine selbst die Schuld tragen, ist das Adreßbuch ein unentbehrliches Requirat jedes Geschäftsmannes geworden. Es giebt aber auch Auskunft über alle Behörden und kommunalen Institute. Diesmal fehlt auch die Kolonie Oldenburg nicht. Selbstverständlich hat das Adreßbuch auch wieder ein vollständiges Häuserverzeichnis nebst Nummern. Wünschenswert wäre noch die Aufnahme des Telefonverzeichnisses sein.

Wilhelm-Theater. Gestern ging Schalepeters phantastisches Spiel „Sommernachts Traum“ in Szene. Um die Wirkung der dem Stücke angepöhten herrlichen Wendelssohn'schen Musik zu erhöhen, hatte die Direktion das Orchester verstärkt. Der Kern des Stückes ist, zu zeigen, wie die gegenseitige Liebesverbindung der Menschen so stark sein kann; wie sie manchmal so unbegreiflich ist und teils erwidert wird, teils sich

aber auf der Gegenseite eine unwillkürliche Abneigung, wie durch unsichtbare Geister hervorgerufen, bemerkbar macht. — Das Stück wurde infolge der recht netten Bühnenarrangements und der prächtigen Kostüme zu einem trefflichen Ausstattungsstück. Leider blieb von der Bühne zu wenig Platz übrig, um die Kissenreigen, die das Beste am Stück mit sich führen, besser zur Geltung zu bringen. Wenn in diesem Punkte noch etwas nachgeholfen werden könnte, so würde die Wirkung sicher erhöht. Aber nicht nur an die Regie, sondern vor allem an die Spieler stellt Schalepeters große Anforderungen, und da zeigte es sich, daß unser Schauspielensemble in erfreulicher Weise dieser großen Aufgabe gewachsen war, so daß die Aufführung in ihrer Gesamtheit zu einem Genuß wurde.

Am Sonntag geht hier der Operettenklager „Der ledige Hahn“ nochmals in Szene.

Heppens, 13. Januar.

Der Stadtrat hatte gestern eine lange Sitzung, über die unsere Leser einen Bericht in der Bellage finden. Verschiedene wichtige Angelegenheiten wurden erledigt. Die Berufsnormalschule wurde eingeführt und die Wirtschaftskongressfrage wie in Bant geregelt. Die Debatte über die Wohnungsgesetz hatte noch kein positives Ergebnis. Interessant ist auch das Submissionsresultat über den Durchbau der Almenstraße. Die Pfisterarbeiten will Steinlehermeister Jung um 1000 Mk. billiger herstellen, als solche beim Pfisterern des Wägenweges in eigener Regie gelöst haben. Jung forcierte diesmal fast nur die Hälfte von dem, was er früher forcierte. Kein Wunder, daß die eigene Regie teurer ist. Vermutlich wird Jung das unermessliche Defizit bei den Arbeiten zum Ausgleich bringen wollen, was ihm aber kaum gelingen dürfte.

Auf die Generalversammlung der hiesigen Verwaltungskasse des Metallarbeiterverbandes, die morgen abend im Zirkus stattfindet, machen wir die Mitglieder aufmerksam. Beginn abends 8 Uhr.

Grundbureau. Dem Stadtmagistrat ist ein Damentaxi als gefunden abgeliefert.

Kennde, 13. Januar.

Mit der Verbesserung und Verbreitung der Radialstraße wird sich am Sonntag nachmittags 4 Uhr in Kenz Lokale eine außerordentliche Hausbesitzer-Versammlung beschäftigen.

Aus dem Lande.

Sande, 13. Januar.

Der Bürgerverein Marienfel-Sande hält am Sonntag abend den 15. d. M. seine Generalversammlung ab. Die Mitglieder werden auch an dieser Stelle darauf hingewiesen. (Siehe Inserat.)

Oldenburg, 13. Januar.

Vergiftung durch Arsenik. Ueber eine aus dem Dorfe Sandhatten gemeldete Vergiftungsaffäre ist amtlich festgestellt worden, daß die plötzlich an Arsenikvergiftung gestorbenen Witwe einem Verbrechen gegen kranken Leben zum Opfer gefallen ist. Als Anstifter oder Täter ist ein junger dortiger Landwirt, der zu der Witwe in Beziehung gestanden und sich das Arsenik in Oldenburg unter der Angabe, es für ein erkranktes Stiefkind zu verwenden zu wollen, beschafft hat.

Emden, 13. Januar.

Die Unterstützungs-Krankenkasse der Schmiede und verwandten Gewerbe hält am Sonntag, den 15. Januar vormittags 10 Uhr im Lokal von Fortleben, „Bremer Schlüssel“ ihre General-Versammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. A.: Die Neuwahl der Ortsverwaltung. Die im Metallgewerbe beschäftigten Arbeiter dürfte es besonders interessieren, daß sie durch Beitritt zu dieser Kasse ihre Familien in Krankheitsfällen vor Not und Mangel geschützt wissen. Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.

Kleine Mitteilungen aus dem Lande. Beim Pferdewestern kam der Knecht Himmeln in Oldenburg zu Fall und brach sich den rechten Arm. Er wurde dem Krankenhaus in Emsen zugeführt. — Auf der Leidenburg-Werft in Oesj emünde fiel dem Arbeiter Clausen aus Emsen eine nicht befestigte 10 Meter lange Stange auf den Kopf und verletzte ihn so schwer, daß er bald verstarb.

Aus aller Welt.

Das Ende eines Familiendramas. Bei Ruheleben wurden die zusammengebundenen Leichen einer etwa 30 Jahre alten Frau, eines 10-jährigen Mädchens und eines 6-jährigen Knaben aus der Spree gefischt. Sie waren mit einem Gewürzstübchen bepackt. Zusammen liegt ein Selbstmord vor, die den Abgang eines Familiendramas bildet.

Ueber Gasvergiftungen liest man in letzter Zeit häufig Berichte. Jetzt liegt wieder ein neuer Fall vor. In dem medienburgischen Orte Jaremin hat man sich ein Gaswerk zugelegt, das am Mittwoch in Betrieb genommen wurde. Dadurch, daß das Gasrohr unter dem Hause des Schuhwarenhändlers Penschow unbedeckt war, wurde die Familie Penschows bewußtlos aufgefunden. Die 85-jährige Mutter

des Kaufmanns war tot, die übrigen vier Personen gaben noch Lebenszeichen.

Kleine Tageschronik. Was unbekannter Ursache erschlag sich in Raasbürg der Einjährige Führer vom 66. Infanterie-Regiment. — Ein Mittwoch fuhr auf dem Bahnhofe Ostschweig ein Personenzug auf einen Güterzug. Der Materialwagen ist überfahren. Zwei Beamte sind leicht verletzt. — Ein an der Blindenanstalt in Kiel angestellter Lehrer wurde wegen Entlassungsdienstes zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Verurteilte hat an seine armen Schülerinnen vergangen. — Der Rentbuchhalter Heise unterzeichnet dem Bankhause Hirschland in Effen (Ruhr) 50000 Mark. Als die Unterschlagung entdeckt wurde, erschlag er sich. — Die Kaserne soll von Gelle bis zur Verleumdung kanalisiert werden. Die Kosten belaufen sich auf 1800000 Mark. — Auf der Königlich-Preussischen bei Hildesberg ergriffen sich zwölf schwere Unfälle, bei denen mehrere Mannheimer Tamen und Herren schwere Verletzungen davontrugen. — Durch Unvorsichtigkeit eines Dienstmädchens brannten in der schwedischen Stadt Swaneund die Welt, das Amtsgericht und ein Hotel ab. — Der viel geschätzte Wägenhändler Schneidemann, der zahlreiche junge Mädchen an die Greubühnen in Emden verführt hat, wurde in Galtwirt verhaftet. — In Galtwirt, Emden, wurde ein dreifacher Brandstiftungsversuch an einem heimischen Einwohner, einen beschäftigten Frauenverführer, und verurteilt ihn tödlich.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 13. Jan. Nach umfangreichen Unterschlagungen — man spricht von 25000 Mk. — verübte gestern ein 35 Jahre alter Buchhalter des rheinischen Wirtzhauses Exzessiv Selbstmord, indem er sich in den Bureaukästen erschoss. In dem belgischen Städtchen Dolhain, in unmittelbarer Nähe der preussischen Grenze sind zwei Todesfälle vorgekommen, die die Kugel auf asiatische Cholera zurückzuführen. Der vorgestern und gestern herrschende Südweststurm hat in der Nordsee und an der deutschen Küste schweren Schaden verursacht. Im englischen Kanal mußte die Schiffsahrt Dover-Calais aufgehoben werden.

Bremerhaven, 13. Januar. Die Besatzung der Postschoners „Peter“ rettete drei Mann von dem Hamburger Dampfer „Marie Ruh“. Dieser sank gestern in der Nähe vom Nordenerger Feuerstuhl. Von der Besatzung ertranken neun Mann.

Köln, 13. Jan. Auf dem von Bingen kommenden Rheinschiffe Marie wurde eine große Menge zollpflichtiger Güter, besonders Tabake, Zigarren usw. beschlagnahmt. Die Mannschaft wurde verhaftet.

Mech, 12. Jan. Der Vorsitzende des Vereins Karaimen (Sportive) wurde heute mittag verhaftet. Die Verhaftung erfolgte auf Grund des § 123, Abs. 3, des St.G.B. (Hausfriedensbruch in Gemeinschaft mit anderen) und des § 110 (Aufreizung zum Ungehorsam gegen die Staatsgewalt).

Küttig, 13. Januar. Gestern mittag fand eine große Rundgebung von 40000 ausländischen Bergarbeitern statt, die mit ihren Frauen und Kindern aus dem Kohlenreviere herbeigeeilt waren und sich vor dem Volkshaus versammelten. Einige Demonstranten hielten Ansprachen an die Menge. Die Rundgebung nahm einen ruhigen Verlauf.

Helsingfors, 13. Januar. In den finnischen Landtag sind gewählt: 87 Sozialdemokraten, 42 Christen, 28 Jungfinnen, 26 Schweden, 15 Agrarier, 1 Vertreter der christlichen Arbeiterpartei. Das Stärkerverhältnis der Parteien ist daselbe wie nach den vorhergehenden Wahlen, nur haben die Sozialdemokraten einen Sitz auf Kosten der Agrarier gewonnen.

Brest, 13. Jan. Der auf Grund geratene Torpedobootszerstörer Janconneau ist wieder flott geworden und nur wenig beschädigt.

San Salvador, 13. Januar. Zum Präsidenten der Republik wurde der bisherige Vizepräsident Dr. Manuel Araujo gewählt. Die Wahl wird, wie verlautet, von allen Parteien mit Befriedigung begrüßt.

Newport, 13. Jan. Nach einem Telegramm der „Trib. Jg.“ empfing Präsident Taft eine starke Abordnung der Düngstoffabrikanten, die Maßnahmen gegen Deutschland bezüglich der Kalifabrikation verlangte.

Briefkasten.

W., Einsparungen. Die Veranlassung eines Gegenstandes auf einem Vereinsschiffe ist eine interne Angelegenheit, um die sich unteres Willens kein Außenstehender zu kümmern hat. Heftig ist dabei die amerikanische Art, bei der der Stenograf das Recht, das geboten wird, gleich bezahlt. — Wenn Sie sich wegen der verweigerten Austrittsbekundigung beschweren, so wenden Sie sich an den Oberkirchenrat. Wenn das nichts nützt, müssen Sie sich an das Amtsgericht wenden.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Jacob in Bant. Verlag von Paul Hug in Bant. Retentionsdruck von Paul Hug & Co. in Bant.

Dierzu zwei Beilagen.

**Selten günstige
Kaufgelegenheit! ::**

**Konfektionshaus
Bant.**

M. Kariel.

**Im eigenen Interesse jedes
Käufers liegt die volle Aus-
nutzung meiner Angebote. ::**

Morgen Sonnabend den 14. Januar 1911 beginnt mein

Grosser Inventur-Ausverkauf.

mit 10 zum Teil bis 40 Proz. des sonstigen Preises ermässigt.

Um eine radikale Räumung

**jämlicher Winter-
Unterzeuge usw. usw.**

zu erzielen, sind die angelegten Waren

Biochemischer Verein

Rüstringen-Wilhelmshaven.
Sonabend, 14. Januar
abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

Der Vorstand.

Marienfisch-Sande

Die diesjährige

General-Versammlung

findet statt am Sonntag
den 15. Januar, abends 7 Uhr,
beim Wirt Heinrich Busch.

Da diese Versammlung für den
Verein von großer Bedeutung ist,
werden die Mitglieder ersucht, sich
vollständig daran zu beteiligen.
Der Vorstand.

Sozial. Volksverein für die Stadt Varel.

Sonabend den 14. Januar
abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Hof von Oldenburg.
Wichtige Tagesordnung, daher
ersuchen sämtlicher Mitglieder er-
forderlich.
Der Vorstand.

Rechnungen

(1/2, 1/3, 1/4, 1/5 Bogen)
Quittungen, einzeln u. in Blocks,
Lohnlisten usw.
— empfehlen —

Paul Hug & Co.

:: Reparaturen ::

an elektrischen Orgeln,
mechanischen Musikinstrumenten
Spielböden,
Grammophone, sowie
Orchester-Instrumenten
führt sachgemäß und billig aus

G. Leubner

Instrumenten-Fabrikation,
Marktstraße 26.
Geühtes fachmännisches Geschäft
am Platze.

Heute eingetroffen:

Früher holländische Blumensohl,
Kopf 25 bis 35 Pf.
Rosensohl Riter 18 Pf.
Almeria-Goldranden Wfd. 50 Pf.
Kupfersohl, dünnwandig und fest,
Dopp. 30, 40, 50, 60, 80 Pf.
Zitronen Dupp. 40 Pf.
Rot, Weiß- und Wirsingsohl,
Schwarzwurzel usw.

Obst-Zentrale

Wilhelmshaven, Str. 42
Telephon 799. Telephon 799.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Rüstringen-Wilhelmshaven.

Sonabend den 14. Jan., abends 8.30 Uhr
in Sadowassers Tivoli zu Tennbeich:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Aufnahmen.
2. Jahresbericht der Ortsverwaltung und Abrechnung vom
4. Quartal 1910.
3. Beratung und Beschlussfassung über ein Ortsstatut.
4. Neuwahlen der Ortsverwaltung und Kartelldelegierten.
5. Kartellberichte und Verschickenes.

Um recht zahlreichen Besuch bittet

Die Ortsverwaltung.

Kaufhaus Strauss & Co.

Morgen, Sonnabend früh

beginnt unser grosser

Inventur-Ausverkauf

Während unseres Ausverkaufs sind die Preise für fast
alle Artikel derart billig festgesetzt, dass wohl alles,
was bisher hinsichtlich billiger Preise von uns geboten wurde,
durch unsere ganz aussergewöhnlich niedrigen
Ausverkaufspreise in den Schatten gestellt wird. ...

Es kommen zum Verkauf:

1 Posten	Ia. Damenhemden, Ia. Qualität	1.10 Mk.
1 Posten	Damenhemden, darunter mit eleg. Stickereien	1.25 Mk.
1 Posten	Damen-Hosen, Ia. Qualität, auch Kniehosen	1.10 u. 1.25 Mk.
1 Posten	Nachtjacken, nur Ia. Qualität	1.10 u. 1.25 Mk.
1 Posten	reinw. Strümpfe, Ia. erprobte Qualität	90 Pfg.
1 Posten	Damen-Haushschürzen, 120 cm breit	58 Pfg.
1 Posten	eleg. Damenschürzen, Mieder- u. and. Fassons	0.90 u. 1.28 Mk.
1 Posten	aparte Kinderschürzen, Ia. Stoffe, beg. 80 Pf. p. Gr. 10 Pf. st.	80 Pfg.
1 Posten	eleg. Korsetts, darunter teure Musterstücke	1.25 Mk.
1 Posten	Schürzen-Stoffe, 120 cm breit, mit Wiener Leinen	49 Pfg.
1 Posten	sat. Schürzendruck-Reste, zweis. bedruckt	69 Pfg.
1 Posten	Bett-Kattune, frische, rosa Muster	22, 27 u. 33 Pfg.
1 Posten	Hemdentuche, stark- und feinsädig	25, 29 u. 36 Pfg.
1 Posten	Handtuchstoffe, gestreift und Gerstekorn	19, 24 u. 29 Pfg.
1 Posten	Normalhemden	35 Pfg.
1 Posten	Blusenstoffe, darunter sonst teure Sachen	85 Pfg.
1 Posten	eleg. Diagonal-Kleiderstoffe, alle Farben	85 Pfg.
1 Posten	eleg. Kostüm-Stoffe, fast nur sonst teure, 110 cm br. Sachen	95 Pfg.
1 Posten	Damen-Regenschirme	1.25 Mk.

Wir bitten, die in unseren Fenstern aus-
gestellten Waren-Posten zu beachten.

Herren- und Knaben-Garderobe
Gardinen, Läuferstoffe, Bettinletts, Bettfedern
wie alle nicht benannten Artikel entsprechend billig.

Strauss & Co.

Marktstrasse 29a, gegenüber der Kieler Str.

Oldenburg.

Montag den 16. Januar cr.
abends 8 1/2 Uhr:

Außerordentliche Kartell-Sitzung

im Lokale des Wirts Primers,
Rauwischstraße.
Die Tagesordnung wird in der
Sitzung bekannt gegeben.
Jeder Delegierte muß erscheinen!

Der Vorstand.

Hausbesitzer-Verein Neuengroden.

Einladung!

Sämtliche Haus- und Grundbesitzer von Neuengroden, Rüster-
fel und Umgegend werden zu der am Sonntag den 15. Januar,
nachmittags 4 Uhr, im Neu'schen Lokale stattfindenden außerordentl.
Versammlung hiermit höflichst eingeladen. Grund: Beschlussfassung
über Verbesserung und Verbreiterung der Radialstraße.

Der Vorstand.



Todes-Anzeige.

Am 10. d. Mts. verstarb plötzlich und uner-
wartet, infolge Unglücksfalles, unser lieber Sohn,
Bruder und Schwager, der Zimmermannsgast

August Rath.

Dieses bringen tiefbetrübt, um stille Teilnahme bittend,
zur Kenntnis

Hinrich Rath nebst Familie.

Verband d. Schmiede

Sonabend den 14. Januar,
abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

im Lokale des Hrn. Salzwand
Wegen der wichtigen Tagesord-
nung ist es Pflicht eines jeden
Mitgliedes, zu erscheinen.

Der Vorstand.

Arbeiter-Jugendbund.

Freitag den 13. Januar,
abends 8 1/2 Uhr:

Vorstands-Sitzung.



Arbeiter-
Turn-Verein
Germania.

Sonabend den 14. Jan.,
abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

in Sadowassers Tivoli.
Wegen außerst wichtiger Tages-
ordnung ist es Pflicht aller Mit-
glieder, zu erscheinen.

Der Vorstand.

Wahlverein Schortens.

Sonntag den 15. Januar,
abends 7 Uhr:

Versammlung

bei Altfisch, Ostern.
Die Mitglieder werden ersucht,
wegen Wichtigkeit der Tagesordnung
(Vortrag), vollständig zu erscheinen.
Der Vorstand.

Für die vielen Aufmerksamkeiten
zu unserer Silberhochzeit sagen
wir hiermit unseren herzlichsten Dank.
Bant, den 13. Januar 1911.
Chr. Meisner und Frau
Paula, geb. Vollhaber.



Todes-Anzeige.

Gestern mittag um 12 Uhr
entschlief sanft und ruhig nach
langem schwerem Leiden meine
liebe Frau

Johanna
Katharina Wilken
geb. Wäbbermann.

Dieses zeigt tiefbetrübt an
Bant, 12. Januar 1911.

Der trauernde Gatte:
Theodor Wilken
Rathestraße 10.

Die Beerdigung findet am
Montag den 16. d. M., nach-
mittags um 2 Uhr, vom St.
Wilhelm-Hospital aus nach dem
Friedhofe in Schaare statt.

Todes-Anzeige.

Gestern morgen, 10 1/2 Uhr,
starb nach kurzer heftiger Krank-
heit meine liebe Frau, meiner
Kinder treuerzorgende Mutter

Henni Dirks, geb. Wolf
im blühenden Alter von 25
Jahren. Dieses zeigen mit der
Bitte um stillen Beileid an

Der trauernde Gatte:
Edo Dirks, nebst Kindern,
Henn und Beate.

Die Beerdigung findet am
Montag nachm. 1 1/2 Uhr vom
Westfrankenhaus aus statt.

Reichstag.

101. Sitzung. Donnerstag, den 12. Januar, 1 Uhr nachmittags.

Vom Bundesratstag: Dr. Böck.

Auf der Tagesordnung steht die 2. Beratung des Gesetzes betr.

Änderung des Strafgesetzbuches.

Die Vorlage sieht Strafmilderung vor bei Hausfriedensbruch, Brandstiftung und Raub, bezogen Strafverjährung der öffentlichen Beleidigung und Totschlag. Auch wird grausame Behandlung von Kindern und altmütterlichen Personen unter Strafe gestellt.

Abg. von Tübingen (Folk.) begründet einen Antrag auf Änderung des § 130 (Aufzucht von Kindern). Dieser sei der seiner heutigen Anwendung ein richtiger Charakter-Vertrag. Er werde immer nur gegen die Väter angewendet, niemals gegen die Mütter, die doch die Kinder erziehen, obwohl diese oft in den Väter gegenüber Strafe man sich nicht an die „Unmenschen des Gesetzes“ zu halten.

Rechtsminister Abg. Dr. Böck (Folk.) bittet namens der Kommission um Ablehnung des Antrages, der aus dem Rahmen der geplanten Änderung des Strafgesetzbuches herausfalle.

Staatssekretär Dr. Böck (Folk.) führt die dem Vortrager an. Es seien gegenwärtig nur die schwebenden Minderheiten befragt, aber alles außer Acht gelassen, was gegen die politische oder religiöse Gesinnung ausginge.

Abg. Stöckert (Folk.):

Auf der vorliegenden Vorlage mit einem überaus schmerzlichen Mißstand beizugehen, fällt also durchaus in den Rahmen des Gesetzes. Einen schmerzlichen Mißstand also die unrichtige Art der Auslegung dieser Paragraphen kann es auch nicht geben. Gerade durch

Die unrichtige Art der Auslegung.

wird politische Gesinnung ausgenutzt, nicht aber durch den Antrag, ähnlich schon unter dieser unrichtigen Auslegung nicht die Strafe zu erhöhen, sondern lediglich meine Fortsetzung und in den politischen Handlungen die politischen Wähler. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Wagner (Folk.): Die Staatsanwaltschaft ist bei und weniger geschützt, als in anderen Ländern, wie sie in letzter Zeit schon. Folgt haben nach mit dem Wunsch auf Änderung des § 130. Doch bringen sich weitere Wünsche in entgegengekehrter Richtung. Die Strafe ist insofern gar nicht den Umständen, die der Herr Staatssekretär anführt.

Abg. Stöckert (Folk.):

Der Herr Vortrager hat auf Vorgesagte hingewiesen. Die Strafe ist in der letzten Zeit abgemildert worden. Ich nehme an, er meine die bekannten Vorgänge ausserordentlich hoher Mißhandlung von politischen Personen durch die Staatsanwaltschaft. Wenn man diese Vorgänge nicht zu neuen Anlässen geben, und wenn er solche mißhandelte Polizeibeamten besonders hart bestrafen wissen will, so würden bezügliche Anträge unter § 130 des Gesetzes abgehen.

Sitzung des Stadtrats in Heppens.

Heppens, 12. Januar 1911.

In zweiter Lesung wurden die Beschlüsse vom 19. Dezember a) über Aufnahme einer Anleihe von 200 000 Mk.; b) über Verkauf eines Schulgrundstückes an Technik Schöder, c) über den Straßenbahnvertrag mit dem Amtsvorstand wiederholt.

Veränderung des Sparkassenstatuts. Das Amtsgericht Jüterbog hat bei einer Hypotheken-Eintragung bemängelt, daß die Pfandbriefe Sparkasse keine juristische Person sei. Da das Amtsgericht Jüterbog die Ansicht ist, daß die Sparkasse die Rechtsfähigkeit ohne weiteres hat und daher die beantragte Eintragung ins Grundbuchsregister fernerhin abgelehnt, so ist jetzt eine Entscheidung des Ministeriums herbeigeführt, das empfiehlt, im Statut auszusprechen, daß die Sparkasse Rechtsfähigkeit besitzt. Ferner soll die Verwaltung der Sparkasse Vollmacht haben, die Anleihegeschäfte ohne besondere Beschlüsse der Gemeinderäte wahrnehmen zu können. Schließlich hat der Verbandsrat, der im übrigen sich sehr lobend über die Geschäftsführung ausspricht, einige Anregungen gegeben, die gleichfalls Änderungen des Statuts geringfügiger Natur nötig machen. Den Beschlüssen stimmte der Stadtrat zu.

Auf Anfrage teilte Bürgermeister Dr. Quenke mit, daß den Wünschen bezüglich Vergrößerung des Wartezimmers in der Zille in der Wilhelmshafen-Strasse in Bant Rechnung getragen werden soll.

Strassenarbeiten. Der Verwaltungsausschuss hat genehmigt, ob der Durchbau der Linienstraße beim Beleuchtungsamt in eigener Regie oder durch einen Unternehmer erfolgen soll. Der Ausschuss empfiehlt die Ausführung durch einen Unternehmer aus folgenden Gründen: Die Ausführung hat ergeben, daß die Submissionsofferte über die Pflasterung von Jung um 1000 Mk. günstiger ist, als sie durch eigene Regie hergestellt werden kann. Für die Verlegung von Bordsteinen verlangt Jung 50 Pfg. pro laufenden Meter, während beim Mähweg in eigener Regie die Verlegung 60 Pfg. gekostet hat. Für das Quadratmeter Kopfsteinpflasterung verlangt Jung 80 Pfg., während sie in eigener Regie 1,05 Mk. kostete. Bei der Ausführung der Pflasterung des Mähweges, die zur Einführung der eigenen Regie führte, war das umgekehrte Verhältnis zu verzeichnen. Demnach verlangte Jung 1,20 Mk. pro Quadratmeter Granitpflaster und 1,05 Mk. für den laufenden Meter Bordsteinpflaster. Also einmal der Mähweg halber, ferner, da schon früher darauf Bedacht genommen ist, gegebenenfalls wieder zur Vergebung der Pflasterarbeiten übergeben, und weil die Straßenbaukosten in diesem Falle der Jüterbog zu tragen hat, also die durch eigene Regie entstehenden Mehrkosten abnehmen kann, empfiehlt der Ausschuss, in diesem einen Spezialfall von der eigenen Regie Abstand zu nehmen. — Der Stadtrat stimmte zu. — Im übrigen wurde der Zuschlag auf Erarbeiten und Sanftenerstellung dem Unternehmer Hiers in Bant, auf Pflasterarbeiten dem Steinmetzmeister Jung in Heppens übertragen. Es hatten im einzelnen offeriert:

Offentlich nimmt sie die Mehrheit kann an. Es würde mich freuen, auf diesen Seiten Herrn Wagner als Bundesrat zu begrüßen. (Beifall bei der Sozialdemokratie.)

Der Antrag der Väter wird gegen die Stimmen der Väter und Sozialdemokraten abgelehnt.

§ 130b bestraft mit Gefängnis bis zu 3 Monaten oder mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 600 Mk. denjenigen, der Tiere beschädigt oder tödlich mißhandelt. § 360 stellt folgende Vorschriften ein: Landbesitzliche Bestimmungen, welche in die rituellen Vorschriften einer Religionsgesellschaft über das Schlachten von Tieren eingreifen, sind unzulässig.

Abg. Gersch (Folk.): Keine Freunde schienen den Kommissionsbeschlüssen an. Die Einführung der zweiten Vorlesung ist notwendig, weil nach der Regierungsvorlage den Tieren Strafe, der die zur Verurteilung von Tieren erforderlichen Vorschriften übertritt, und weil es in der Tat landbesitzliche Vorschriften gibt, die das Schlachten als Tierquälerei hinstellen, während die Regierung das selbst erklärt hat, in religiöse Gebrauche nicht eingreifen zu wollen. Es kann nicht sein, daß religiöse Gebrauche, daß das Schlachten eine Quälerei ist. Mehr geht im einzelnen auf die frühere Stellung der Parteien gegenüber den jüdischen Schächtern ein. Das einzige Land, welches ein Verbot kennt, ist die Schweiz.

Abg. Gersch (Folk.) begründet einen Antrag auf Streichung des Kommissionsbeschlusses über das Schlachten. Die Verurteilung, daß bei einem Schächterverbot die Juden bei der Fleischherstellung überaus enthalten könnten, hat sich in der Schweiz und in England als unzulässig erwiesen. Es handelt sich für und um eine Frage der Moral und der öffentlichen Humanität. 500 Schächterausweisungen haben Quälereien gegen das Schlachten eingebracht. Im Gegensatz zu der Regierung bleiben wir auf dem Standpunkt, daß es eine Tierquälerei ist.

Staatssekretär Dr. Böck (Folk.) meldet sich ebenfalls gegen den von der Kommission zugewiesenen Antrag, welcher landbesitzliche Bestimmungen für unzulässig erklärt, die in die rituellen Vorschriften einer Religionsgesellschaft eingreifen. Wenn dieser Antrag bestehen bliebe, so dürfte die Bundesregierung nach Aufhebung des Gesetzes nicht in der Lage sein, dem Geheimrat ihre Zustimmung zu geben. In der Regelung der Vorschriften der Einzelstaaten zu den Religionsgesellschaften solle die Regierungsbildung nicht eingreifen.

Abg. Wagner (Folk.): Um ein Verbot des Schlachtens von Reich wegen, wie es der Reichsgericht abgelehnt hat, handelt es sich überhaupt nicht. Das Schlachten an sich ist selbstverständlich keine Tierquälerei im Sinne des Gesetzes. Der Kommissionsbeschluss bezieht sich aber auf einen Eingriff in das Recht der Einzelstaaten.

Abg. Dr. Böck (Folk.): Ein Teil meiner Freunde ist für die Beibehaltung des Kommissionsbeschlusses, ein anderer Teil lehnt ihn ab. Nichts wird das Schlachten niemals als Tierquälerei angesehen werden können.

Abg. Dr. Müller-Weinigen (Folk.): Keine Freunde werden für den Antrag des § 360 stimmen, wie die Kommission ihn gefasst hat. Die große Mehrheit des Reichstages will unter keinen Umständen in die religiösen Rechte deutscher Staatsbürger eingreifen. Deshalb bin ich dem Staatssekretär für seine

Erklärung, daß das Schlachten keine Tierquälerei im Sinne des Strafgesetzbuches ist. Ein solches Cuius und solches Mißhandeln der Tiere kann unter religiösen Gesichtspunkten aus niemals in Frage kommen. Das Wesentliche ist nicht der Wortlaut, sondern der Inhalt der Bestimmungen. Vielleicht einigen wir uns nach auf einen anderen Wortlaut, zunächst aber bitte ich die Kommissionsfassung anzunehmen. In der Erklärung des Staatssekretärs war es mir nicht klar, ob sein „unannehmbar“ sich auf den ganzen Entwurf oder nur auf den Abschnitt über die Tierquälerei bezieht. Staatssekretär Dr. Böck (Folk.) erklärt, daß sein „unannehmbar“ sich auf den ganzen Gesetzentwurf bezieht für den Fall der Annahme des Kommissionsantrages.

Abg. Gersch (Folk.):

Man sieht sich, in die Redaktionskommission der Einzelstaaten einzugreifen. Und aber steht die Redaktionskommission im ganzen Reihe über und deshalb leben wir nicht ein, warum der Kommissionsantrag nicht angenommen werden könnte. Wenn man das Schlachten eine Tierquälerei nennt, so erinnert sich daran, daß es ganz anders ist, als Tierquälerei ist, denn gegenüber man steht mit einem Verbot einlegen sollte. Ich erinnere mich an die Freidenken und an die außerordentlichen Redaktionen, die mit der Ausübung der Jagd verbunden sind. Die Beilegung der Tierquälereien ist in viel höherem Maße eine Sache der Erziehung als der Strafgesetzbuch. Wenn einmal die Erziehung darauf gerichtet sein wird, daß der Mensch gegen den Menschen keine schmerzhaften und verwerflichen Arbeiten mehr verrichtet, so wird auch die Tierquälerei verschwinden. Solange aber der Mensch dem Menschen in roherer Weise gegenüber übertritt, solange auf dem Schlachtfeld Soldaten unter den Augen der Offiziere mißhandelt werden, solange an Fließengelassen die menschlichen Körperchen verrotten werden, wie sie in Viehhäusern zu Grunde gehen, solange werden auch die Tierquälereien nicht verschwinden.

Sorgen Sie für gute Erziehung!

Dann werden Straftaten gegen die Tierquälereien nicht nötig sein. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gersch (Folk.): Die Methode des Schlachtens, mit Kraft und Gewalt ausgeübt, ist gewiss keine Tierquälerei. Es kommt für uns hinzu, daß durch ein Verbot des Schlachtens eine große Zahl unglücklicher jüdischer Mitbürger in Verlegenheit käme. Eine einheitliche Regelung wäre erwünscht, sie sollte nicht den Einzelstaaten überlassen werden. Die Kommissionsfassung ist jedoch nicht einwandfrei.

Abg. Werner (Folk.) gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Regierung bei Annahme der Kommissionsbeschlüsse das Gesetz nicht lassen will.

Abg. Zierhagen (Folk.) verliest eine Erklärung der Tierquälerei gegen den Reichstag.

Abg. v. Tübingen (Folk.) spricht für den Kommissionsbeschluss. Die Debatte schließt. Der Kommissionsbeschluss wird angenommen.

Der von der Kommission geleitete § 180, betr. schärfere Bestrafung der öffentlichen Beleidigung, wird ebenfalls in der Sitzung der Regierungsvorlage angenommen.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr.

	1. Erdarbeiten	2. Pfasterarbeiten	3. Sand
Sommernberger-Bant	2990	2850	5500
Giers-Bant	1292	—	5120
Müller-Mühlshaus	1710	2010	5700
Joh. Bieting	2470	—	5800
H. Bieting	—	—	5570
Jung-Heppens	1520	2305	5240
Joh. Schwanitz	1292	2445	6650

Auf Anfrage über die Entlassung von sechs Pfasterarbeitern am Weihnachtsabend teilte der Bürgermeister mit, daß eine Härte nicht beabsichtigt war; im Gegenteil. Es hätten schon vorher Arbeiter entlassen werden müssen, doch habe das Bauamt aus Humanitätsgründen für die Weihnachtsarbeiten lassen. Im ganzen hat jetzt noch 28 Arbeiter im Straßenbau beschäftigt.

Der Intendant hat nochmals beantragt, von der Durchlegung der Linienstraße bis zur Heppenser Straße Abstand zu nehmen. Magistrat und Stadtrat sind der Ansicht, daß im Interesse der Stadt hierauf kein Verzicht geleistet werden kann.

Der Verbreiterung des Fahrweges der Güterstraße von der preussischen Grenze bis zum Mühlenweg, der der bevorstehenden Umlegung stimmte der Stadtrat zu, ebenso der Beschaffung von 750 Hb. Meier Bordsteine für diese Straße und 550 Hb. Meier Bordsteine für die Schulstraße im Kostenbetrage von 5500 Mk. Die aus der Güterstraße gewonnenen Bordsteine sollen in der Landwehrstraße verwendet werden.

Beleuchtung. Um dem Elektricitätswerk die nötige Bewegungsfreiheit zu gewähren, jedoch auch im Jahre 1912 die günstige Konjunktur auszunutzen kann, gewähre der Stadtrat die nötigen Anleihekredite.

Für Anleihekreditleihen in den Schulen bewilligte der Stadtrat 230 Mk.

Bemängelt wurde ferner von einem Stadtratsmitglied die späte Beleuchtung der Hausflure durch viele Hauseigentümer. Es möge hier behördlicherseits Remedur geschaffen werden. — Der Bürgermeister erklärte, es liege hierfür tatsächlich ein Bedürfnis vor und viele Hauseigentümer machen sich strafbar.

Die weitere Anregung, die Hauseigentümer zu verpflichten, Rietervorrichtungen wie in Bant im Hausflur auszubringen, fand nicht die Zustimmung der Mehrheit des Stadtrats.

Schulachen. Zur Anschaffung von Wasserkränen zur Dampfheizung zwecks Verfeinerung der Luft in der Villenburg- und der Grodenstraße bewilligte der Stadtrat 140 Mk.

Werkzeugsteuer. Das abweisende Urteil des Oberverwaltungsgerichts in dem hiesigen gegen Herrn de Lande wegen Zahlung der Werkzeugsteuer für das an den Hof des verstorbenen Land wurde zur Kenntnis genommen. Es soll ein juristisches Gutachten eingefordert werden. — Betont wurde, daß der Vertreter de Landes einen Vergleich abgelehnt hatte.

Berufsvormundschaft. Der oberrheinische Landtag hat ein Gesetz erlassen, nach welchem es möglich ist, für uneheliche und für Kinder, die von der Armenverwaltung untergebracht sind, eine Berufsvormundschaft zu errichten. Dadurch wird erreicht, daß die Alimentation des Kindes in erheblich besserer Weise erfolgen kann, als durch Privat-

personen. Auch die Armenpflege hat Vorteile davon. Der Magistrat empfiehlt, die Berufsvormundschaft dem Bürgerlichen Edelempfänger zu übertragen. Der Stadtrat erklärte sich hiermit einverstanden, ebenso in erster Lesung mit folgendem Statutentwurf:

§ 1. Für die Stadtgemeinde Heppens wird ein Beamter des Armenbureaus durch den Stadtmagistrat als Berufsvormund bestellt.

§ 2. Der Berufsvormund hat alle Obliegenheiten und Befugnisse, die das Gesetz enthält; er ist vom Magistrat beauftragt.

1. außer nach dem 1. Februar 1911 in der Stadtgemeinde Heppens geborenen unehelichen Kinder, mögen sie in der mütterlichen Familie oder außerhalb derselben erzogen oder gepflegt werden,
2. der unehelichen Kinder, die vor dem 1. genannten Tage in der Stadtgemeinde Heppens in Erziehung oder Verpflegung gegeben sind,
3. der durch die Armenkommission Heppens in einer Familie oder Anstalt untergebrachten Minder.

§ 3. Die Vormundschaft oder Pflegschaft tritt ein

1. bei den nach dem 1. Februar 1911 geborenen unehelichen Kindern mit dem Tage der Geburt,
2. bei den übrigen mit dem Tage, an welchem der Berufsvormund dem Vormundschaftsgericht die Übernahme der Berufsvormundschaft über den betreffenden Minderjährigen anzeigt.

§ 4. Der Berufsvormund ist befreiter Vormund im Sinne der §§ 1852 ff. des B. G. B.; bei der Erfüllung seiner Obliegenheiten hinsichtlich der Sorge für die Person der Minderlichen sollen ihm die Organe der städtischen Armen- und Wohlfahrtspflege behilflich sein.

§ 5. Auf Minderliche, für die die Vormundschaft einem außerordentlichen Gericht untersteht, erstreckt sich die Tätigkeit des Berufsvormundes nicht.

§ 6. Dies Statut tritt sofort in Kraft.

Bedürfnisfrage. Gemäß der Vereinbarung mit Bant über die Beibehaltung der Bedürfnisfrage und hinsichtlich der gesetzlichen Bestimmungen, daß Gemeinden über 15 000 Einwohner die Bedürfnisfrage durch Ortstatut regeln können, schlägt der Magistrat vor, nachstehendes Statut in erster Lesung anzunehmen:

Statut über die Erteilung der Erlaubnis zum Betrieb von Gast- und Schankwirtschaft in der Stadt Heppens.

§ 1. Die Erlaubnis zum Betrieb der Gastwirtschaft oder zum Ausschank von Wein, Bier oder anderen nicht unter § 33 Abs. 1 des Gewerbeordnung fallenden geistigen Getränken wird in der Stadt Heppens von dem Magistrat eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig gemacht. Das Bedürfnis soll stets als vorhanden angesehen werden, solange nicht auf jede volle 500 Einwohner eine Wirtschaft entfällt. Dabei wird die letzte Volkszählung für die Statistikanlage zu Grunde gelegt.

§ 2. Das Statut tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Das Statut wurde ohne Debatte angenommen.

Die Weihnachtsbeihilfe für die Veteranen und deren Witwen ist auf 1200 Mk. gestiegen (statt wie angenommen wurde 300 Mk.), da sich mehr Personen als angenommen wurde, nämlich bis jetzt im ganzen 38, gemeldet haben. — Die Mehrkosten wurden bewilligt. Armenfachen. Die Amtszeit ist abgelaufen für

Krankenpflege, Gehalt und für den Armenvater Thurnau. Beide wurden einstimmig wiedergewählt. — St. M. Schröder regte wiederum an, Frauen zur Krankenpflege heranzuziehen.

Wohnungsnot. St. M. Pfeiffer interpellierte, was der Magistrat zu tun gedenke gegen die vorhandene Wohnungsnot. — Der Bürgermeister erwiderte, daß sich auch der Verwaltungsausschuß mit der Angelegenheit beschäftigt habe, denn es gehöre zu den wichtigsten kommunalen Aufgaben, in solchem Maße Abhilfe zu schaffen; doch müsse dabei ganz unparteiisch vorgegangen werden. Es muß festgestellt werden, ob nur angemessene Mietpreise verlangt werden und ob unvernünftigerweise hohe Steigerungen erfolgt sind, was bestritten wird. Es gibt dann zwei Wege: entweder Baugesellschaften zu unterstützen oder selbst zu bauen. Das erstere würde angenehmer sein, da es für die Stadt geringeres Risiko bedeutet. Dann würde zu prüfen sein, ob eine Genossenschaft hier gegründet werden soll. Schließlich kommt noch hinzu, daß bei einer Vereinigung der Gemeinden sich sofort die Situation verschiebt und die Frage in den Vordergrund tritt, ob es zweckmäßiger ist, die bessere Hand an einer anderen Stelle als hier anzulegen. Ferner muß auch gefragt werden, ob dabei das Kleinwohnungsproblem gefördert oder große Mietshäuser gebaut werden sollen. — St. M. Schröder fragte an, ob sich hier schon Leute ohne Mietzins gemeldet haben. — Bürgermeister: Im November ist ein solcher Fall hier vorgekommen. — St. M. Pfeiffer: Kein Mensch wird betreten, daß Wohnungsnot im Bezirk herrscht. Wünschenswert sei, daß sich hier ein Bauverein gründet, der ebenso durch Übernahme der Zinsgarantie auf die Stadt unterstützt wird wie in Bant. Der dortige Bauverein Selbsthilfe hat auf diese Art gute Wohnungen mit allen Bequemlichkeiten im Preise von 18 bis 26 Mk. schaffen können. Diejenigen, die in der Gemeinde wohnen, wollen auch gerne hier bleiben. Mangel ist jetzt an drei- und vierstöckigen Wohnungen; diejenigen Personen, die höhere Mieten zahlen können, können sich leicht ein Haus bauen. — St. M. Deden: Es herrscht kein Zweifel darüber, daß eine Wohnungsnot besteht. Die Stadt kann aber selbst keine Häuser bauen. Es muß vielmehr Hand in Hand mit den Nachbargemeinden und mit der Werk gegangen werden. Die Nachrichten über Mietsteigerungen sind vielfach sehr aufgebauscht worden. — St. M. Schröder: Wohnungsnot besteht zur Zeit. Ein normaler Mietpreis müßte aber kommen; das unterdrückte Aufklopfen und Schöpfen der Mieter durch einzelne Hauswirte bedauert jedoch auch der Hausbesitzerverein. Dieser hält es auch für ausgeschlossen, daß die Stadt selbst baut. Billiger und schöner kann sie nicht bauen als der Bauverein. Ich habe nichts dagegen, wenn für die städtischen Arbeiter Wohnungen geschaffen werden, ebenso wie die Werk für ihre Arbeiter sorgt. Auch die Beamten klagen über die jetzigen Wohnungsverhältnisse. — Nach weiterer Debatte reklamierte der Bürgermeister, daß alleseitig eine Wohnungsnot konstatiert worden. Es sollen daher die rechtlichen Unterlagen beschafft werden. Die Hauptfrage aber ist, billiges Land zu bekommen.

Schornsteinfegerbezirk. St. M. Wöllner fragte nach an, ob die Bildung eines Schornsteinfegerbezirks von der Gemeinde Heppens weiter gediehen sei. — Der Bürgermeister erwiderte, daß ein diesbezüglicher Antrag schon mehrfach beim Amt gestellt sei, doch wohl hinsichtlich der Vereinigung der Gemeinden, die eine Neuregelung der Bezirke mit sich bringt, zurückgestellt sei.

Damit hatte die Sitzung ihr Ende erreicht.

Parteinachrichten.

Einen schweren Verlust hat die französische sozialdemokratische Partei erlitten, durch den Tod des Genossen Tarbouriech. Er ist nur 45 Jahre alt geworden. Tarbouriech war Deputierter und einer der begabtesten und gelehrtesten unter den jüngeren Juristen Frankreichs. Er hatte die Vorkenntnisse für eine Reihe von Jahren an der Rechtsakademie erworben, an der freien Hochschule für Sozialwissenschaft war er von Anfang an Professor, in den letzten Jahren einer der Direktoren. Seinem außerordentlichen Arbeitsverstand dankt die Wissenschaft und die sozialistische Partei eine Reihe größerer Werte, so über die Unfallversicherung, die Zukunftsgesellschaft und das Eigentum. Tarbouriech war auch ein Spezialist für die Agrarfrage und das Genossenschaftswesen. Er gehörte dem reformistischen Flügel der Partei an. Sein Mandat im Bezirk von Saint Claude im Jura hatte er im letzten Jahr in der Stichwahl erobert.

Landtagswahltag. Bei der Erloswahl in dem württembergischen Landtagswahlkreise Heilbronn-Land legte der Kandidat unserer Partei, Genosse Hornung, im ersten Wahlgang über seine drei Gegenkandidaten mit einer Mehrheit von 66 Stimmen.

Parteiwoche. Im Wahlkreis Raumburg-Weihenfeld-Zeil beschloß ein außerordentlicher Parteitag mit 89 gegen zwei Stimmen die Gründung einer Genossenschaftsdruckerei. Als Kreisorgan erscheint jetzt der „Volksbote“, ein Kopfsblatt des halbesährigen Volksblattes. Nach Errichtung der eigenen Druckerei soll es mit Rücksicht auf den kommenden Wahlkampf bedeutend weiter ausgebaut werden. Geschäftsführer des neuen Unternehmens, das am 1. Juni eröffnet werden soll, wird Genosse Propolz. Bis jetzt sind 14 000 Mark vorhanden, außerdem wurden bis jetzt Anteile in der Höhe von 7000 Mark eingezogen.

Aus dem Lande.

Basel, 13. Januar.

In der Vorstandssitzung der **Allg. Ortskrankenkasse** wurde Leberfabrikant Franz Schwabe zum Vorsitzenden und Schlosser Herrmann zum Stellvertreter wiedergewählt. Der Vorstand wird demnach sein, für die nächste Zeit einen Redner zu gewinnen, der über das Verhältnis der Betriebskrankenkassen zu den Ortskrankenkassen referiert. Mitteltung gemacht wurde von dem Ausfall eines durch das Oberverwaltungsgericht entschiedenen Prozesses. Durch dieses Urteil ist festgestellt, daß durch das Verlassen des Kranken-

hauses gegen die Anordnung des Regies die sämtlichen Unterhaltungsansprüche des Krankenmittels erlöschen.

Außerordentlich viele Kranke sind gegenwärtig im hiesigen Krankenhaus untergebracht. Zum größten Teil sind dies Einwohner des Stadt- und Amtsbezirks Basel, mehrere sind aber auch aus anderen Amtsbezirken, da jedenfalls auch dort die Krankenhäuser beengt sind, dem hiesigen Krankenhaus zugeführt. Die Arbeiten an dem Neubau schreiten flott vorwärts, namentlich seitdem die Dampfheizung fertig gestellt und in Betrieb gesetzt werden konnte. Es steht also zu erwarten, daß der Neubau bereits im Frühjahr in Benutzung genommen werden kann. Es ist dann hier ein Krankenhaus geschaffen, das mit jedem großstädtischen konkurrieren kann.

Der ledige Gatte, Operette in drei Akten von Reichert und Wanda, wird am Montag im „Butjadinger Hof“ durch die Gesellschaft des Wilhelmtheaters in Wilhelmshaven zur Aufführung gebracht werden.

Osternburg, 13. Januar.

Achtung, Parteigenossen und Genossen! Die nächste Versammlung des Wahlvereins findet am Mittwochabend 9 Uhr bei Frohns, Kloppenburgerstr., mit äußerst wichtiger Tagesordnung statt.

Die nächste Bezirksführersitzung findet am Mittwochabend pünktlich 8 Uhr bei Frohns statt. Das Erscheinen sämtlicher Bezirksführer ist dringend erforderlich.

Achtung, Arbeiter-Abteilanten! Umständehalber findet die nächste Versammlung am Sonntag nachm. 5 Uhr in der Tonhalle statt.

In der Streikfrage des Gemeinderats wider das Großh. Ministerium wegen der Anstellung eines Gemeindeführers steht Termin vor dem Oberverwaltungsgericht am Donnerstag den 19. d. M., vormittags 9½ Uhr an.

Delmenhorst, 13. Januar.

Die offizielle Gründung einer Baugesellschaft unter dem Namen „Baugesellschaft Delmenhorst“ fand gestern Abend in der Aula der Realschule statt. Stadtsyndikus Röniger machte einleitend den Zweck und Nutzen der Genossenschaft bekannt, worauf zur Beratung der Statuten geschritten wurde. Ein vorliegender Statutenentwurf wurde nach einigen Änderungen genehmigt. Hierauf wurde der aus fünf Personen bestehende Vorstand und der aus sieben Personen bestehende Aufsichtsrat gewählt.

Goethebund. Der Vorwe-Abend, der am Sonnabend den 14. d. M. in Sudmanns Hotel stattfinden sollte, fällt wegen Erkrankung eines der Mitwirkenden aus.

Arbeiter-Stenographenverein Stolze-Schrey. Nach einem, auf Veranlassung des Bildungsausschusses des Gemeindeführers, abgehaltenen Lehrcursus in der Stenographie, Epitome Stolze-Schrey, ist jetzt ein Arbeiter-Stenographenverein gebildet worden. Die Lehrgangsstunden sind regelmäßig Montags, Abends von 8½ bis 10 Uhr, im Eldenburg Hof (Jah. M. Stie). Etwasige Anmeldungen werden baldmöglichst und bei den Genossen B. Henje und E. Schömer, Stedinger Straße, entgegengenommen.

Nordenham, 13. Januar.

Eine Stadtratsitzung fand am Montag im „Friesischen Hof“ statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ludte der Stadtratsvorsitzende Miel die in Bezug auf die letzte Magistrats- und Stadtratsitzung erschienenen Artikel in der „Butjadinger Zeitung“, die sogenannten Wälfenartikel, gemäß auf den Realchuldirektor Dr. Witt, zu rechtfertigen. Es sei bedauerlich, heißt es in dem von ihm zur Begründung verlesenen Schreiben, daß darauf solche Falschheiten Artikel in die Presse gebracht worden seien, da dieselben doch dazu angetan seien, nicht die Person zu treffen, sondern die Anstalt zu schädigen. Ebenfalls lege er Verwahrung dagegen ein, der Stadtrat hätte sich „rumtreiben“ lassen (Anm. des Schreibers: Sagen wir, die betreffende Mehrheit des Stadtrats), die beantragten Zulagen zu bewilligen. St. M. Claussen erwiderte, es sei wohl zweifelhaft, ob diese Erklärung des Vorredners persönliche Entschuldigung ausdrücke oder ob sie auch noch von anderer Seite ausgehe. Nach dem noch St. M. Heller und Bürgermeister Schumacher sich mit kurzen Worten geäußert hatten, wurde in die eigentliche Tagesordnung eingetreten. Verhandelt wurde über folgende Punkte: 1. Errichtung einer katholischen Volksschule. Von katholischen Bürgern ist die Errichtung einer Schule beantragt worden. Der Stadtrat hat sich damit schon in früheren Sitzungen beschäftigt und beschlossen, eine Veranlassung der katholischen Einwohner stattfinden zu lassen, in der das Für und Wider sachlich geprüft werden möchte. Leider war diese angelegte Veranlassung von nur zwei katholischen Herren besucht und verlief somit vollständig resultatlos. Bürgermeister Schumacher erwähnte, vom Magistrat sei die Angelegenheit geprüft worden und es sei festgestellt, daß die gesetzlich festgelegten Voraussetzungen tatsächlich bestehen. Die Stadtratsvertretung möge nunmehr die Zustimmung geben, andernfalls könne der Fall eintreten, daß von oben herab eingegriffen werde. Die Stadtratsmitglieder Claussen, Harms, Heller und Baum sprachen gegen die Errichtung und sind der Ansicht, daß wohl dauernd noch nicht die entsprechende Anzahl Kinder vorhanden sei, auch gebe ein Teil der der Realschule besuchenden Kinder noch ab; sie sprachen ferner ihr Bedauern darüber aus, daß die zu diesem Zweck einderfene Veranlassung nicht von den Interessenten besucht worden sei. Betont wurde, es sei von verschiedenen katholischen Eltern gefordert worden, sie würden nicht gern die Kinder aus der jetzigen Volksschule nehmen, sie sind daher für Ablehnung des Beschlusses. Ratscher Warnsloh und St. M. Humrich sprachen für die Errichtung der Schule. Nach längerer Debatte beschloß der Stadtrat, nochmals unparteiisch feststellen zu lassen, ob wohl dauernd die gesetzlich bestimmte Zahl Kinder vorhanden ist. — 2. Besuch des Priortorvorshulvereins um Ueberlassung von Räumen in der Realschule. Dieses Geschäft hatte die letzte Stadtratsitzung beschloß und war mit Stimmengleichheit, 7 gegen 7 Stimmen, unentschieden geblieben. Die jetzt

wieder vorgenommene Abstimmung ergab wiederum Stimmengleichheit. Der Vorsitzende St. M. Miel entschied zugunsten des Beschlusses, die Räume an den Priortorvorshulverein zu vermieten. Interimistisch war diese Abstimmung. Dafür stimmten die St. M. Räder, Humrich, Baum, Wieting, Meenen, Rode und Dorf. Miel, dagegen die St. M. Brose, Claussen, Heller, Harms, Rieden, Rohrs und Ruchbaum. Die St. M. Meheims und Dachscher fehlten. Der Dorf. Miel gab den Ausschlag und hat somit zwei Stimmen abgegeben. St. M. Heller erhob sofort Protest gegen diese Abstimmung, es könne nach der Gemeindeordnung doch wohl nicht so gemeint sein, daß der Vorsitzende erst mit abstimmt und dann noch wieder eine zweite Stimme in die Waagschale legen kann. (Der Protest ist zu Unrecht eingelegt. Nach der res. Gemeindeordnung Art. 25 § 1 hat der Vorsitzende tatsächlich bei dieser Entscheidung zwei Stimmen, einmal als Stadtratsmitglied und einmal als Vorsitzender. D. Red.) — 3. Bau der Volksschule. Der Stadtrat beschloß, nach den vorgelegten Zeichnungen ohne Lehrerwohnung die Schule zu bauen und soll das Oberstudienkollegium demnach um Genehmigung ersucht werden. Wegen der Verfüllung, eine Hauptlehrerwohnung zu beschaffen, soll der Klagerweg beschritten werden. — 4. Erweiterungsantrag der Realschul-Aufsichtskommission betr. Anschaffung einer Signallampe. Der Stadtrat beschloß, die Kommission soll die Notwendigkeit dieser Angelegenheit zunächst prüfen. — 5. Feststellungen der Rechnungen 1909/10. Die betr. Rechnungen sind für richtig befunden und wird die Feststellung bestätigt. — 6. Sonstiges. Ein Besuch des Klosterschüler-Berandes zur Stiftung eines Ehrenpreises lag vor. Nach kurzer Debatte wird mit 8 gegen 6 Stimmen beschlossen 30 Mk. zu bewilligen. Dafür stimmen Räder, Humrich, Baum, Wieting, Meenen, Rode, Ruchbaum und Miel, dagegen Brose, Claussen, Rohrs, Heller, Harms und Rieden. St. M. Heller fragte an, warum der Ausbau der Hanjalingstraße nach Grodenfeld noch immer nicht auf die Tagesordnung gestellt ist. Der Bürgermeister verspricht, daß es in diesem Monat noch geschehen wird. Mitgeteilt wurde noch, daß das Statut für die kaufmännische Fortbildungsschule genehmigt sei.

Blenzen, 13. Januar.

Die erste Gemeinderatsitzung in diesem Jahre fand am Dienstag in Michaels Hof statt. Der Gemeindevorstand gab einen kurzen Rückblick über die Tätigkeit im vorigen Jahre und befragte die in nächster Zeit bevorstehenden Arbeiten. Er gab sich der Hoffnung hin, daß einige Werke zur Steuer herangezogen werden könnten. Straßen und Schulen mußten in diesem Jahre wieder gebaut resp. umgebaut werden. — Darlegung des Armenwesens pro 1909/10. Die Einnahmen betrugen 15 659 Mk., der Ueberfluß betrug 537 Mk. Pro Kopf der Bevölkerung wurden 2,09 Mark erhoben gegen 1908/09 2,75 Mark. — Auf Antrag der Feuerlöschkommission wurde der Bau eines Feuerturms in Blenzen und in Einswarden zum Gesamtpreise von 4000 Mark beschlossen. 40 Prozent der Kosten trägt die Brandkasse und eine weitere Summe wird aus der Tanzkasse beigetragen. Ferner sollen verlassene Gegenstände für die Feuerwehren in Schwetwarden und Blieswarden angekauft werden. — Zur Anschaffung besserer Dachpfannen für den Schulneubau Blenzenan der Metallwerke wurde die benötigte Summe bewilligt. — Gegen die Wertzuwachssteuer waren zwei Reklamationen eingegangen. Diese wurden der Kommission zur Prüfung überwiesen. — Zur Verplanung der Chausseebäume mit Bäumen wurden 800 Mk. bewilligt, wovon 50 Proz. von der Amtsliste getragen werden. — Der Blieswarder Ortsbrunnen liefert kein einwandfreies Wasser und soll verputzt werden, Abhilfe zu schaffen. An zukünftiger Stelle soll angefragt werden, ob die Gemeinde verpflichtet ist, einwandfreies Wasser zu liefern. — Die Durchsicht des Statuts der Blenzen Freiwilligen Feuerwehr wurde bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt. — Zum Armenvater für die Gemeinde Blenzen wurde der Landmann Reinhard Mengers auf vier Jahre wiedergewählt.

Leer, 13. Januar.

Sozialdemokratischer Wahlverein. Auf die Generalversammlung des Wahlvereins am Sonntag den 15. Januar, Abends präzis 5 Uhr, machen wir alle Genossen nochmals mit dem Bemerken aufmerksam, daß sämtliche Mitglieder in dieser Versammlung zu erscheinen haben. Im Wahljahr muß jeder seinen Platz ausfüllen und mitarbeiten.

Aus aller Welt.

Der Mörder des Rittmeisters v. Krosigk entdeckt?

Vor ca. 10 Jahren wurde der auf der Reibbahn in Gumbinnen sich befindliche Rittmeister v. Krosigk durch einen unflutbaren Schützen erschossen. Als mutmaßlicher Täter wurde damals der Unteroffizier Martin und sein Schwager, ein Sergeant, als Mitwisser in Haft genommen. Erst nach längerer Haft wurden diese entlassen, der Verdacht blieb noch lange bestehen. Jetzt ist ein auf der Bahnstrecke Wunstorff-Hasle beschuldigter Streckenarbeiter Fischer verhaftet. Fischer, der damals beim Dragonerregiment Nr. 11 in Gumbinnen diente, will vom Rittmeister v. Krosigk ungerecht behandelt sein. Aus W. u. hierüber hat er, wie er seinen Mitarbeitern gegenüber erzählte, den Rittmeister erschossen. Nach seiner Verhaftung widerlegte Fischer seine Behauptung. Fischer ist Zeinzer und hat schon an Deliktum gelitten und ist es daher zweifelhaft, ob er die Erzählung von dem Mordtat nicht in diesem Zustand gemacht hat.

Aus dem Parteisekretariat.

Nr. 1. Jahrgang 1911 der Arbeiter-Jugend ist eingetroffen und kann im Arbeitersekretariat in Empfang genommen werden.

Schwaffert.

Sonnabend, 14. Januar: vormittags 0,06, nachmittags 0,42

Unentgeltliche Rechtsanhaltstelle in Emden: Reichstraße 14.

Bekanntmachung.

Die Hebung der Einkommen- u. Vermögenssteuer, der Armen- und Gemeindeumlagen, der evang. Kirchensteuer und der Kanalisationsgebühren für das 3. Vierteljahr 1910/11 findet im hiesigen Rathhause, Zimmer Nr. 6, samstags von 9 bis 1 Uhr wie folgt statt:

Zahlstelle I:

Buchstaben A am 18. Januar 1911	
B, C	19. u. 20. "
D	21. "
E	23. "
F	24. "
G	25. "
H	26. "
I	27. "
J	28. "
K	30. "

Zahlstelle II:

Buchstaben L am 18. Januar 1911	
M, N	19. u. 20. "
O	21. "
P, Q	23. "
R	24. "
S	25. "
T	26. "
U, V	27. "
W, Z	28. "

Nach Ablauf der vorstehenden Hebungsstermine wird nach vorheriger Bekanntmachung die Kasse drei Tage geschlossen und das Einzugsverfahren eingeleitet.

Bant, den 12. Januar 1911.

Der Gemeindevorstand.
Runde.

Bekanntmachung

Folgende Stadtratsbeschlüsse vom 12. Januar 1911 über:
1. Abtretung einer Wegfläche,
2. Veränderung des Sparfassenstatus,
3. Statut über die Berufsvormundschaft,
4. Statut über die Erstellung der Erlaubnis zum Betriebe der Gast- und Schankwirtschaft in der Stadt Heppens,
liegen vom 14. bis 28. d. Mts. im Rathhause, Zimmer Nr. 3, zur Einsicht aus.

Heppens, den 13. Januar 1911.

Der Stadtmagistrat.
Dr. Lueten.

Auktion.

Sonnabend den 14. ds. Mts.,
nachm. 2 Uhr anfangend
verkauft wir im Saale des Restaurants zu den vier Jahreszeiten, Wilhelmstraße 28, hieselbst, öffentlich meistbietend gegen Barzahlung den Rest des Auktionsbestandes vom 7. ds. Mts.

Es ist noch ein großes Quantum vorhanden, namentlich:

kleine Körbchen, Holz-,
Bürsten-, Böttcher- u.
Emaillewaren, Markt-
taschen, Waschkücher, Töpfe
Pfannen, Messer, Gabeln,
Löffel, Taschenmesser u.
Kämme, Gärten, Spaten,
Forken und vieles andere.

Demnächst gelangen zum Verkauf:
1 zweijähriger Kleiderkasten, 1
Teppich, 1 Wringmaschine, 1 Palme
Tapeten, 1 Kronleuchter, 1 Wasch-
maschine, bis. Schönlöcher, ver-
schiedene Wirtschaftsausfüllen, als
Tassen, Teller usw.

Haderer & Wilken,
Rechnungssteller u. Auktionsgeschäft,
Bant, Fernruf 165.

Oldenburg.

Unentgeltliche Auskunft
in Sachen der sozialen Versicherungs-
gesetze, Gewerbeamt 10.
Karl Heilmann, Elisenstr. 8b.

Kaufet
nichts anderes gegen

Husten

Heiserkeit, Nahrung u. Verschlei-
mung, Krampf- und Reiz-
husten, als die einwirkenden

Kaiser's
Brust-Maranelken
mit den drei Tannen
5900
von Berzgen und
Bretanten ver-
büßen den sicheren Erfolg.
Vale 25 Pfg., Dole 50 Pfg.

Zu haben bei:
H. Schumann, Filiale in Bant,
J. H. Carlens, Bant,
J. A. Daniels, Gellend, Bant,
C. Schmidt, H. J. J. Schiller,
Gellend, Bant, Herrn. Enke,
Gellend, Heppens.

Banter Hafen.

Sonnabend nachm. 2 Uhr
Verkauf von

Brennholz.

Werkstatt

gesucht (für Maler) mit Angabe
des Mietpreises. Offerten unter
J. T. 200 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Kinder-Bettstelle

fast neu, billig zu verkaufen.
H. Bentlage, Schortens.

Zu vermieten

auf sofort vierdum. Parterrewohnung
Genossenschaftsstr. 35.
Näheres bei Schortens & Co.,
Schleierstraße.

Zu vermieten

kleiner Laden mit Zimmer.
G. Suddenberg, Bant, Peterstr. 30.

Blexersande bei Einswarden.

Zu vermieten

für einen treibenden Handwerker eine
Werkstatt mit Zimmer oder
Wohnung, passend für Schuhmacher
oder Klempner, bis jetzt Reparatur-
werkstatt für Radfabrikgeschäft.
Näheres bei Georg Schmitt.

Möbliertes Zimmer zu vermieten.

Heppens, Jedelstraße 36, p. l.

Gesucht

zu Ostern oder Mai ein Lehrling
unter günstigen Bedingungen, event.
gegen Gehalt; ferner zu Mai ein
kleiner Knecht für leichte Beschäf-
tigung. Richard Heidel
Sattler und Tapezier, Bant.

Verne. Gesucht zu Ostern ein

Maler-Lehrling.
Georg v. Nunnen.

Gesucht auf sofort

ein ordentliches Mädchen für die
Vormittagsstunden. Näheres
Bant, Wangelstraße 3, 1. Trepp. r.

Junges Mädchen

zum 1. Febr. für den ganzen Tag
gel., das geg. Entgelt u. Fam.-Anschl.
alle vorf. Arb. m. d. Hausfr. erled.
Frau Lehrer **Garns**
Wilhelmshaven, Noomstr. 39.

Gesucht für die Tagesstunden
ein Mädchen.
Bant, Schönlöcher 1a.

Gesucht auf sofort

oder später nach Bant ein tüchtiges
Mädchen bei gutem Lohn und
Familienanschluss. Auskunft erteilt
die Expedition d. Bl.

Gesucht auf sofort

eine **Plückerin**, welche auch
Waschmädchen kann.
Rönningstraße 57, im Hafen.

Bildungsausschuss Rüstringen-Wilhelmshaven.

Sonnabend den 21. Januar cr.
im Saale des Tivoli (Sadewasser), Heppens

Konzert- und Rezitations-Abend

unter Mitwirkung des Gesangsvereins Frohsinn
und des Frauenchors.

Vortragender: Herr Rezitator Erdmann Dietel-Schönfels.

Das Programm besteht aus Konzert,
Vorlesungen von klassischen Volks- und humorist.-satirischen
Dichtungen und Gesangsvorträgen

Eintrittskarten zum Preise von nur 20 Pf. sind
bei den Vertrauensleuten der Arbeiterschaft und in der
Volksblatt-Expedition zu haben. — Einlass 7 Uhr. Anfang
punkt 8 Uhr abends. — Programme liegen aus.
Rauchen nicht gestattet.

Bier- und Speisehalle

Zum Fürsten Bismarck

Am Bismarckplatz.

Freitag, Sonnabend und Sonntag:

Grosses Schlacht-Fest.

Hierzu ladet freundlichst ein
J. B. Joseph Wilken.

Wir machen hierdurch bekannt,
dass wir auf Wunsch zu unseren
Kontobüchern

Kontrollmarken

ausgeben.

Oldenburgische Spar- & Leihbank

Filiale Wilhelmshaven
Peterstrasse 78.

Ausnahme-Preise für Konserven.

Stangenspargel	2 Pfd. 155, 130 Pfg., 1 Pfd. 75 Pfg.
Bruchspargel	2 Pfd. 85 Pfg.
Erbsen 2 Pfd. 90, 68, 55, 40, 35 Pfg., 1 Pfd. 55, 30 Pfg.	
Brech- und Schnittbohnen	
5 Pfd. 65 Pfg., 4 Pfd. 52 Pfg., 3 Pfd. 39 Pfg., 2 Pfd. 26 Pfg.	
Wachsbohnen 2 Pfd. 35 Pfg.	Perlbohnen . . . 2 Pfd. 40 Pfg.
Erbsen m. Karotten 2 Pfd. 48 Pfg.	Karotten . . . 2 Pfd. 28 Pfg.
Leipzig Allerlei 2 Pfd. 55 Pfg.	1 Pfd. 35 Pfg.
Spinat	2 Pfd. 42 Pfg.
Plückerlinge	2 Pfd. 55 Pfg.
Kohlrabi	2 Pfd. 28 Pfg.
Steinpilze	2 Pfd. 120 Pfg.

Obst-Zentrale

Tel. 799. Wilhelmshaven, Straße 42. Tel. 799.

Arbeiter!

Abonniert das Nordd. Volksblatt!

Wie süß

lieht ein rosiges jugendfrisches Ant-
lig und ein reiner, zarter, schöner
Teint. Alles dies erzeugt:
Stedenpferd-Milchmilch-Zeife
Preis à Stück 50 Pfg., ferner ist der
Milchmilch-Crem Soda
ein gutes vorzüglich wirkendes Mittel
geg. Sonnenbräunen, Tube 50 Pfg.
bei: Runder Apotheke, Hafen-
Apotheke, Otto v. Gersdorff, Alb.
Willens, H. Knebel.

Schmal: 1 Pfund . . . 70 Pfg.

Pflanzenfett 1 Pfd. . . 60 Pfg.

Pflanzenbutter Pfd. 65 Pfg.
und 75 Pfg.

J. H. Cassens,
Bant, Peterstr. 42, Schaar.

Gute Nähmaschine

20 Mt. u. vert. Kleier Str. 60, IV



Brockmanns

weltberühmter Futtertall
zu Fabrikpreisen in der Bismarck-
Progerie von Otto Koch, Bis-
marckstraße 21, erhältlich.

Visitenkarten

Neueste Muster
Schnellste Anfertigung
Billigste Preise.

Paul Hug & Co.

Schönes Ladenlokal

in Wilhelmshaven sofort billig zu
verkaufen. Sehr geeignet für Blumen-
oder Zigarrengeschäft. Offerten erb.
Bant, Börsenstr. 13, im Laden.

Wahren Jakob

In freien Stunden

und alle sonstige

Parteiliteratur besorgt prompt

H. Wullenkott

Bant, Hafertampstr. 56a.

1 Singer-Nähmaschine

und ein blauer Jünger-Hebergießer
billig zu verkaufen. Kleier
Str. 54, 1. Tr. r., 1. Stügel.

Herren-Fahrrad

gut erhalten, billig zu verkaufen.
Bant, Börsenstr. 8, part.

Die Meldestelle

für verlaufene Kinder be-
findet sich bei
Fran Schönbach, Bant,
Restaurant Peterhof, Peterstr.

:: NORDEN ::

„ Die „

Mosbergerschen Berufs-Kleidungen

liefern in Vertretung und zu
Katalog-Preisen.

Schnitt nach Belieben
Bestellungen nach Maß werden
in 8 Tagen geliefert. — Bei
Anträgen über 5.00 Mark
nach auswärts portofrei.

Einen extra guten, weißen
Maureranzug, Rock, Weste, Hose,
Tropfen und Schutzfoden, liefern
nach Maß für 14.00 Mt.

Schlosserschuh-Anzüge von 4 bis
5 Mark usw. usw.

T. Dieringa :: Siebstraße 95

Banter Volksküche.

Mellumstraße.

Sonntags: Gute Speisen mit Speis

Prima

Speisetalg

Pfd. 50 Pf.

Joh. Reinen Nachf.

Ind. G. Sievers

69 Bismarckstraße 69.

Bahnhofs-Restaur. Oltien

hält sich allen Ausflüglern
und Vereinen bestens empfohlen.
Schöner großer Garten, verdeckte
doppelte Regeltbahn, Veranda, Klub-
zimmer, Kasse und Schaufel.
Nichtungswohl

Siegfried Klische i. B.

**Mehrere
Futterlörweine**

— zu verkaufen. —
Müller, Wiesenhof, bei Schaar.

Block - Schokolade

hochfeine, zum Kochen und Essen
1 Pfund 70 Pf.

J. H. Cassens

Schaar und Bant, Peterstr. 42.

Leer- Mühlenstr. 16

2 Min. v. Bahnh.

Zigarren-, Zigaretten-

u. Tabak-Geschäft von

Rudolf Heyer**Molton**

170 cm breit, per Meter 4,50 Mk.
amerikan. vorzügliche Qualität!!

Martha Kappelhoff

Ecke Reich- u. Roonstr.

Zu verkaufen

2500 Stück Drainröhre

4 cm weit, Stück für 1 1/2 Pf.

Joh. Reiners, Grenzstr. 58.

Städtische höhere Bürgerschule

Heppens-Neuende.

Am Mittwoch den 18. d. Mts., nachm. von 3 1/2
bis 7 Uhr, werden im Amtszimmer des Direktors, am Mühlen-
weg Nr. 29, **Anmeldungen von Schülern und
Schülerinnen** für die Klassen von Sexta bis Untertertia
und für die drei Vorhufklassen entgegen.

Um Vorlegung des Geburts- u. Impfscheines wird gebeten.

Der Direktor.

Brenner.

Wilhelmtheater.

Sonntag den 15. Jan., abends 8.15 Uhr:

Der ledige Gatte.

Neuester Operettenschlager!

Staustr. 23 :: Oldenburg :: Staustr. 23.

Alex Hirschfeld**Grosser Saison-Räumungs-Ausverkauf!**

Die von der Winter-Saison zurückgebliebenen Herren- und Knaben-
Paletots, Lodenjoppen, Pelertinen, Unterzeuge usw., sowie

Winter-Schuhwaren

werden bis zu 30% unter sonstigem Preis verkauft.
Es werden während dieser Tage auch sonst selten wiederkehrende
Gelegenheits-Käufe geboten.

Ein Posten Herren-Anzüge, moderne Muster, zum Aus-
suchen, jeder Anzug Mk. **12.50** und **15.00**
Ca. 250 Paar prima Damen-Stiefel, echt Chevreaux mit
Lackkappe, jedes Paar Mk. **5.90**
Ca. 200 Paar pr. Herren-Stiefel, Mastbox u. Boxc., jed. Paar **6.90**
Ca. 250 Paar Gummi-Schuhe, jedes Paar für Herren Mk. **1.95**
jedes Paar für Damen Mk. **1.45** usw. usw.

Alex Hirschfeld : Oldenburg

Konfektions- und Schuhwarenhäuser.

Opera-Theater :: Marktstr. 24.

Heute Freitag gelangt zum letzten Male
das bedeutende kinematographische

Theater-Drama „Abgründe“

zu alten ermäßigten Kassenpreisen zur Vorführung.
Außerdem das reichhaltige übrige Programm.

Bürgerverein Bant.**:: Einladung ::**

zu dem am Donnerstag den 26. Januar cr.
im Lokale des Herrn Fischer (Deon)
— stattfindenden —

30. Stiftungs-Fest

— bestehend in —

Konzert, Theater mit nachfolgendem Ball.

Kassenöffnung 8 Uhr, Anfang 8 1/2 Uhr.
Karten im Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse
40 Pf. Tanzband 75 Pf. — Mitglieder frei.

Hierzu ladet freundlichst ein

Das Komitee.

Volks-theater in Bant.

Colosseum.

Sonntags, 14. Januar
abends 8 1/2 Uhr:

Muttersegen

— oder: —

Die Verle von Savoyen.
Lebensbild mit Gesang
in 5 Akten.

Achtung! Achtung!

Bürgerhalle.

Sonntag d. 15. Januar,
nachmittags 4 Uhr:

:: Fester großer ::

Preis-Skat.

Zu zahlreicher Beteiligung ladet
freundlichst ein

Bilb. Saweland.

Zur Meereswoge

Am Banter Hafen.

Sonntag den 15. Januar:

Großes

**Radbierfest**

Rappen gratis.

ff. Sauerkraut
mit Bodenvorst.

Es ladet freundlichst ein

Hrau Bwe. Martens.

Blegerfande.

Bürgerverein Phieswarden
und Umgebung.

Freitag den 20. Januar:

2. Stiftungsfest

bestehend in
Auführungen und Ball.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Es ladet freundlichst ein

G. Wills. Das Komitee.

Osternburg.

Von Sonntags den 14. bis Dienstag
den 17. Januar:

großes Preisschießen

— und Wetteverben —
beim Gastwirt **fr. Heermann.**
Als Preise sind vorgelesen 9 Schweine
Geflügel und event. Geldpreise.

Einswarden.

Gasthof zum goldenen Löwen.
Sonntag den 15. d. Mts.:

Grosser Ball

Wozu freundlichst einladet

Adolf Bultmann.

Hotel Schütting, Varel.

Sonntag den 15. Januar:

: BALL :

Hierzu ladet freundlichst ein

Borchers & Kunze.**Lebertran**

1 Pfund . . . 90 Pf.

J. H. Cassens, Peterstr. 42 u. Schaar

Aus dem Matrosenleben.

Erzählung von Friedrich Gerstädt.

(Fortsetzung.)

"Sieben Schilling Sixpence", lautete diesmal die hartnäckige Antwort, die sich wahrscheinlich auf irgend eine gefürchten bezahlte Sache bezog — "lieber Gott!" und ein tiefer Seufzer folgte.

"Ja, jetzt ruft er den lieben Herrgott an, wenn er nicht weiß, was er spricht!" — brummte der Steward leise vor sich hin, "und wenn er nachher aufwacht und zur Besinnung kommt, kuckt er wie ein Heide. — Und wenn er nur bloß noch lacht. — Ich muß ihn aber wohlhospig werden."

Diesmal wich der tiefe Schlaf dem härteren und entschlossenen Schlitten des Stewards, und der Kapitän fuhr, die Augen weit aufgerissen, in seinem Bett in die Höhe. "Was zum Donnerwetter giebt's nun?" rief er ängstlich aus. — "Lamm bin in drei Teufels Namen nicht einmal ruhig schlafen, bis es Tag ist, daß du Einen mitten in der Nacht herausgeschütteln mußt? — Was ist los? — na? — wie's bald?"

Der Steward, der bis dahin gar nicht hatte zu Worte kommen können, sagte jetzt schnell:

"Kapitän Olliott, die ganze Mannschaft ist fortgelaufen — der Koch und der ganze andere Schwarm. — Nur der Zimmermann und Hans — der eine Deutsche — sind noch an Bord."

Der Kapitän war mit einem Satz aus seinem Bett und mit einem zweiten in seinen Hosen, während er eine wahre Sänfte aus Gläsern anstürmte. Damit wurde die Sache aber um kein Haar breit geändert. Natürlich hatten der Zimmermann und der Steward die alleinige Schuld, und der zurückgebliebene Deutsche, als der Kapitän wie ein Wüterich nach vorn gefahren war, sollte nun gezungen werden, zu beichten. Er mußte aber — dabei blieb er trotz allen Drohungen und Verleumdungen — von gar nichts. Er hatte die ganze Nacht, wenigstens von der Zeit an, wo er an Bord gekommen, bis dahin, wo der Steward den Zimmermann losband, geschlafen. Früher sei, wie er weiter erzählte, allerdings vom Fortlaufen die Rede gewesen, da er oder ließe sich erst hat, daß er nicht mitginge, hätte man ihm diesmal, wie es schiene, gar nichts davon gesagt.

Der Kapitän schämte vor Wut. — "Das kommt davon", rief er, "daß ich mich mit dem verdammten fremden Gefinde einmischen habe. — Hätte ich lauter Engländer gehabt, wäre das nicht geschehen. — Aber wartet, wartet, Camellien, Euch will ich ein Gerüst einbroden, aus das Ihr nicht geradestehen könnt, und daß' ich Euch erst wider, dann Geduld Euch Gott. Dann geb' ich Euch mein Wort darauf, Ihr sollt Euch lieber in die Hölle als bei mir an Bord wünschen. — Und du, Steward, vor allen Anderen, du verdienstest überhaup, daß ich dich an die Walling binden und die fünfundsiebzig aufzählen ließ — du — Holz-lapf du!"

Und damit klopf er wie ein Pfeil in seine Kajüte hinunter, in seine Kleider hinein und dann an Land, um die Angelegenheit bei der Wasserpolizei von den Entlopfen zu machen und eine Belohnung auf ihren Gang zu setzen.

Raum war er aber fort, und ehe sich der Steward noch von dem ersten Entsaunen über die entsetzliche Drohung erholt konnte, so kam der erste Mate schon auf ihn zu, sah ihn am Kragen und überflüchtete ihn mit einer wahren Gluth von Schimpf und Spott.

"Du Lump!" — rief er, "du bist der Einzige, der die ganze Besatzung zu verantworten hat. — Warum hast du nicht aufgepaßt — he? — Was zum Donnerwetter hast du denn sonst auf der Welt zu tun? — wozu bist du nicht?"

Nach diesem Ausbruch innerer Gefühle lag er an Deck und ließ eine gute Stunde das Quartierdeck auf und ab. Der Steward hing indessen an, die Tische unten abzuwischen. Er hatte aber noch nicht einen fertig, als der zweite Mate ebenfalls den Kopf hineinsteckte.

"Du bist doch das nichtsmüßigste und miserabelste Stiefelwerk am ganzen Bord", sagte er und sah den Steward an, als ob er ihn mit Haut und Haaren und ohne Pfeffer und Salz verfluchen wolle. — Damit schlug er die Tür wieder zu und ging ebenfalls an Deck. Er war die halbe Nacht an Land gewesen und erst um Mitternacht an Bord gekommen.

Der Steward aber setzte sich mit dem Abwischstuch in der Hand am Tisch nieder, schüttelte in einem fort mit dem Kopf und murmelte leise vor sich hin:

"Na, nun wird's Tag — ich habe die Schuld — ich bin die alleinige Ursache, daß die Anderen fortgelaufen sind. Natürlich — wenn ich nicht meine zwei Stunden geschlafen hätte, wo die Anderen auf Wache waren, hätte das Alles nicht geschehen können. Na, das wird eine schöne Rille werden — ich glaube wahrhaftig, es wäre das Beste, ich ließe auch fort — nachher wäre ich dann neugierig, wer die Schuld davon hat — ich wieder; natürlich. Und wieder trügen? — Wenn sie die widerrechtlichen, freilich sie — Alle zusammen." Und mit diesem kammblühenden Entschluß stand er auf und begann seine Arbeit auf's Neue.

6.

Sidnen im Dunkeln.

Eine ganze Wache war verfloßen, und noch immer lag der Boreas an seinem alten Platz am West, ohne, trotz der darauf gesetzten Belohnung, einen einzigen von seinen Leuten wiederbekommen zu haben. Natürlich konnte er, mit einem Mann an Bord, auch nicht in See geben, und andere Matrosen waren ebenfalls nicht zu bekommen. Der Kapitän

hatte schon, der schlechten Behandlung seiner Leute wegen, einen solchen Namen in Sidnen bekommen, daß Niemand mit ihm handeln wollte, und der Goldschwindel machte überdies, daß die Leute die extravaganten Preise forderten.

Natürlich mußte er unter der Zeit Arbeiter annehmen, um die an Bord notwendigen Geschäfte zu verrichten, und an diese ebenfalls sehr teuren Lohn bezahlen; das ging aber freilich Alles aus der Tasche der weggelaufenen Leute, und zwar von dem ihnen gutstehenden Geld, was sie an Bord zurückgelassen — vorausgesetzt natürlich, daß man sie wieder bekam. Wurden sie wieder eingezogen, so hatten sie die Arbeiterlöhne für fremde Hände, wie selbst den auf ihr Entfangen geleisteten Preis von dem ihnen noch gutstehenden Geld oder von ihrer nächsten Reise — und wenn das nicht zulängte, von der nächsten Folgen — zu bezahlen.

Die Wasserpolizei war indessen, wie sie sagte, sehr tätig gewesen, die Leute wieder einzubringen, oder wenigstens auf ihre Spur zu kommen, doch ohne Erfolg. Es war erst ein Pfund Sterling auf den Kopf gesetzt, und man konnte nicht gut erwarten, daß sie sich den Preis mutwillig verderben sollten, da er mit der Zeit von selber steigen mußte.

Der Kapitän hoffte indessen das Beste von dem Sonabend-Abend, wo sich die Matrosen in Sidnen gewöhnlich am freieren gehen lassen und, wenn sie einmal erst in's Linsen kommen, nicht mehr die sonst kaum vergessene Vorsicht gebrauchen, die Straßen und alle verrufenen Häuser zu vermeiden. Von diesen anderen Schiffen war ebenfalls die Mannschaft fortgelaufen, und die ganze Wasserpolizei sollte an diesem Abend auf den Beinen sein. Die beiden Steuerleute des Boreas hatten sich ebenfalls erboten, mit den Steuerleuten von noch zwei anderen Schiffen, je zwei mit einem Polizeidiener zu gehen, um, falls sie Einen der Jüngern treffen sollten, ihn gleich zu fassen und festzuhalten.

Um sieben Uhr setzte sich der ganze Zug in Bewegung, zerstreute sich aber bald nach verschiedenen Richtungen hin, um mehrere Stadtteile aus einmal durchstreifen zu können, und man bestimmte einen Platz am entsetzlichen Ende der Stadt, wo man sich um zwölf Uhr Nachts treffen und die gemachten Beobachtungen mitteilen sollte. Bis ein Uhr Morgens ist es auf den Straßen stets lebendig.

Der erste Mate vom Boreas, der zweite von einer andern englischen Bark und ein Polizeidiener nahmen den obem Teil der Stadt: Georgelreiter, Pittstreet und was dort in der Nähe lag, obgleich in Georgelreiter, als der Hauptstraße der Stadt, wohl kaum eine der weggelaufenen anzutreffen sein mochte. Sie wagten sich schon nicht in diesen Stadtteil, wo eine so zahlreiche Menschenmenge fortwährend hin- und herbeirührte und zwischen diesen leicht jemand sein konnte, der sie kannte und den Händen der überall postierten Constablar übergab. Nichtsdestoweniger gingen die drei Männer Georgelreiter hinauf und bogen dann oben links ab, durch Liverpoolstreet in Pittstreet hinein, um vor allen Dingen einmal das "goldene Kreuz", das ihnen als der frühere Hauptaufenthaltsort der Leute des Boreas beschrieben war, zu entdecken.

Es war noch zu früh am Abend, um schon viel Häute in den Wirtshäusern anzutreffen; die Meisten wanderten noch in der Nähe des Markthauses und durch den Markt auf und ab und ertranken sich das schöne mondhellende Abends. Dennoch sahen etwa zehn oder zwölf Männer, meistens Matrosen, an den verstreuten, und in einem der kleinen Verstecke, wo zwei Seelen ihre beiden Mädchen mit hineingenommen hatten und ihnen dort zutraten, ging es besonders lustig und auch laut zu.

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Eine ideale Submission.

Man schreibt der "Zett. Ztg." aus Erfurt: Ein Schauspiel für Götter bot dieser Tage eine öffentliche Vergebung von Leistungen für Gemeindezwecke, die im Dorfe Jümmern (Regierungsbezirk Erfurt) veranstaltet wurde. Wie üblich sollte zu Beginn des Jahres die "Spritzenfuhre" an den Wendeisfordernenden vergeben werden. Aus diesem wichtigen Anlaß hatten sich so ziemlich sämtliche streitbaren Bauern in der Gemeindefürsorge eingefunden. Gefordert wurden zwei Pferde mit einem Knecht für die Spritze, und, falls auch ein Lieferwagen mit ausreicht, für diesen ebenfalls zwei Pferde mit einem Knecht. Für solch eine komplette Fuhre hatte die Gemeinde bisher dem Untertanen immer zwölf Mark bezahlt. Vor dem diesjährigen Vergabetermin hatten sich nun im Dorfe Jümmern zwei Parteien gebildet, die beide den Zuschlag erhalten wollten und deren eine der andern die Lust mißgönnte. Als der Leiter der Submissionsgeschäfte, der Schulze, die Spritzenfuhre dem bisherigen Fahrer und zwar zum Preise von zwölf Mark wieder übertrug, erhob sich grollend der frühere Schulze und fragte, ob die Gemeinde einverstanden sei, wenn er mit seinen Pferden die Spritze ohne jegliche Vergütung fahren wolle. Das allgemeine Gelächter, das diesem Angebot folgte, legte sich sofort, als der bisherige Spritzenfahrer aufstand und erklärte, er wolle die Spritze unter allen Umständen weiter fahren; wenn kein Gegner es umsonst tun wolle, so sei auch er dazu bereit, er verpflichte sich aber sogar, für jede Fuhre eine Mark in die Gemeindefürsorge zu zahlen. Schlagfertig trat darauf die Gegenpartei sofort 1,50 Mk. Bei dieser Sachlage blieb dem Gemeindevorstand nichts anderes übrig, als nun die Spritzenfuhre nicht an den Wendeisfordernenden, sondern an den Meistbietenden zu vergeben. Und sofort erhöhte die andere Partei ihr Angebot

auf 2 Mk. Der Kampf wogte hinüber und herüber, bis mit 5 Mk. 50 Pf. der frühere Schulze über den bisherigen Spritzenfahrer Sieger blieb. Die Gegner waren ihm aber so hart auf den Fersen, daß er sich, um ganz gewiß alleiniger Spritzenfahrer zu sein, verpflichten mußte, eine Mark extra zu zahlen, wenn außer der Spritze noch ein Lieferwagen für Reiten zu befördern sein sollte. — Welchem Stadtkämmerer ließe da nicht das Wasser im Munde zusammen!

Dehoriert und parfümiert.

Freige, halte schon jenseit
Den Progen von Noobis?
Noienfeld is seh jwelen.
Weiste ooch, wat dem jetzt blüht?

Hundert Mäster muh er bladen.
Weiste, Freige, ooch woier?
Der Jerecht bui damit rächen
Gene robe Unselbht.

Is et Frechheit nich zu sagen,
Det der Schumann blutbrecht,
In der ooch der jekte Orden
So'ne Fiede nicht wader?

Wat, de fragst, wat je mi machem
Mit den wülen, wülen Draht?
Quatsch doch nich, du dummer Freige,
Det weg janz jenu der Stant.

Nar der Jeld hat er volghieken
Sich en Jach Chemisthür.
In doerim soll ich mi haben
Det Noobiter Schijmmannshier.

Reisch, wenn der nich jieht, jieht jansicht.
Det is mal een feiner Juch:
Bald stehn je, so sein jeseibet,
Bei der Woll in Wohljehend.

Ede im Vorwärts.

Aus aller Welt.

Lebendig begraben. Kein Ruhmesblatt der medizinischen Wissenschaft ist es, das der französische Arzt Dr. Severin-Jard dieser ausgeübt hat. Aus Paris wird geschrieben: Die Akademie der Wissenschaften hat den fogen. Preis Burgade dieses Jahr an den Dr. Severin-Jard verliehen. Dieser erregte Aufsehen durch seine Veröffentlichung über die Feststellung oder vielmehr Nichtfeststellung des Todes in den französischen Krankenhäusern. Jard berichtet ganzwollte Dinge. Ein großer Teil der Kranken in den Anstalten werde lebendig begraben, weil man sie für tot hielt. Allein in dem großen Pariser Krankenhaus, in welchem Jard tätig ist, wurden 40 Fälle ermittelt, bei denen Menschen irrtümlich für tot gehalten wurden. Ein für tot Gehaltener wurde beim Sezieren unter dem Messer des Arztes wieder lebendig. Während des Sezierens eines Kindes sahen die Studenten das Herz noch jucken. Jard erklärt, das seien lediglich die Fälle, wo der Ortum erkannt worden sei. Wie groß müßte erst die Zahl der Fälle sein, bei welchem die Kranken lebendig begraben würden oder unter dem Segnermesser der Ärzte starben. Der Gelehrte macht dann in seinem Buche Vorschläge zur höheren Feststellung des Todes. — Wunderlich ist, daß dieser Arzt erst jetzt mit seinen Enthüllungen kommt.

Ein Jugendzehir. Von der Strafkammer des Magdeburger Landgerichts wurde der Hauptlehrer und Kantor Steinmann aus Niedermöbelen, jetzt zu Germerode a. S. zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er hatte in den Jahren von 1906 bis 1909 ein unbescholtenes, noch nicht 16 Jahre altes Mädchen verführt und ein anderes Mädchen sklavisch beleidigt. Sogar in der Leidenhalle hatte der Angeklagte sein Unwesen getrieben.

Literarisches.

Die **Sozialistischen Monatshefte** (Administration Berlin W. 35 Potsdamerstr. 121 h) haben das 1. Heft ihres 17. Jahrganges erscheinen lassen. Der Preis des Heftes 14 Tage erscheinenden Heftes beträgt 50 Pf., vierteljährlich (6-7 Hefte) 3 Mk. Zu beziehen durch Buchhandlungen, bei allen Holzwärtern, in den Kiosken und durch jede Postanstalt, ferner direkt durch den Verlag der Sozialistischen Monatshefte. (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossener Hülle.) Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung. — Aus dem Inhalt nennen wir: Johannes Tinn, Zum deutschen Heimatsbetrachtung 1911. — Max Schupel, Der Ausgang der englischen Wahlen. — Jules Louis Breton, Die politische Lage Frankreichs nach dem Völkerversitz. — Edward Bernstein, Die Volkswirtschaft und die Gewerkschaften. — Gerhard Hildebrand, Die Weiterentwicklung der deutschen Einflüsse und ihre Bedeutung. — Paul Kampffmeyer, Der ethische Ausgangspunkt des Sozialismus. — Dr. Max Rauenerbrecher, Das religiöse Element in heutigen Sozialismus. — Walle Jexler, Probleme des Frauenlebens. — Hermann Imbelschütz, Djalmar Branting. — Julius Frickhoff, Die Krankenkassen und die Vergle. — Ernst Untermaier, Praktisches zur Konsumgenossenschaft. — Kommunalpolitik von Dr. H. Rindemann. — Geistige Bewegung von Dr. W. Hausenleim. — Frauenbewegung von W. Jexler. — Naturwissenschaften von Dr. B. Borchardt. — Sozialwissenschaften von Dr. G. Schmidt. — Taktik von W. Hochdorf. — Bühnenkunst von H. Wigand. — Kunstgewerbe von J. Weichheim.

Veranstaltungs-Kalender.

Müritingen-Wilhelmsbaven.

Sonabend den 14. Januar.

Verband der Schmiede. Abends 8 1/2 Uhr in der Bürgerhalle.

Samstag den 15. Januar.

Accum.

Bürger-Verein. Abends 7 Uhr bei Eggers.



Zur Maskeraden-Saison

empfehlen wir den titl. Vereinen, den Herren Saalbesitzern etc. unsere mit dem neuesten Material ausgestattete Buchdruckerei zur Anfertigung aller Karnevals-Drucksachen, wie Plakate, Programme, Festzeitungen, Eintrittskarten, Festlieder etc. Preise mässig, Lieferung prompt. . . Muster stehen gern zur Verfügung

Paul Hug & Co.

Bant, Peterstr. . . . Filiale: Heppens, Ulmenstr.

Freibank

„Fleischverkauf“
findet statt
heute Sonnabend
morgens 8 Uhr.
Schlachthofdirektion.
Sperling.

Im Auftrage der Erben

der verstorbenen Witwe Drathon zu Heppens, Willemsstr. 45, er-
suchen wir etwaige Gläubiger um
Bergabe ihrer spezifizierten Rech-
nungen. Alle diejenigen, welche an
den Nachlass schulden, werden auf-
gefordert, bis zum 20. Januar
d. J. an uns Zahlung zu leisten.

Gerdes & Kuck
Berl. Göterstr. 46.

Das Hausgrundstück

Bant, Grenzstr. 58
1400 qm groß, mit Wohnhaus,
kompletten Stallungen und Wagen-
remise mit doppelter Einfahrt nach
zwei Straßen, ist unter sehr günstigen
Bedingungen zu verkaufen.

B. H. Bührmann.

Bauplätze.

Wir verkaufen von unserem
Terrain bei der Ziegelei, Gemeinde
Fedderwarden, an fertiger Straße

Bauplätze

in beliebigen Größen zu 1 Mk. pro
Quadratmeter.
Auch übernehmen wir die Ge-
und Fertigstellung von Häusern zu
sehr günstigen Bedingungen.

Züscher'scher Ziegelei.
Reyhauer & Co.



Zahn-Atelier R. Zerfuss

Bant, Wilhelmstr. Straße 23.
Künstliche Zähne, Kronen etc.
Vorbereitung des Mundes
bei künstlichem Zahnersatz gratis.
Teilzahlung gestattet.

Strickmaschinen
mit Mk. 30—50 Anzahl. Illust.
Pracht-Katalog gratis.

P. Kirsch, Döbeln.

Achtung! Stadt Kiel Achtung!

„Kopperhörn, Bismarckstraße.“
Freitag, Sonnabend und Sonntag das

diesjährige dritte grosse Schlachtfest

Konzert und warme Küche bis 3 Uhr nachts.

Es ladet freundlichst ein

Friedr. Ecklund.



Zur Stärkung und Kräftigung blutarmen, schwäch-
licher Personen, besonders Kinder, empfehle jetzt
wieder eine Kur mit meinem beliebten

Lahusen's Lebertran

Der beste, wirksamste und beliebteste Lebertran.
An Geschmack hochfein und milde und von gross
u. klein ohne Widerwillen genommen und leicht
vertragen. Preis Mk. 2.30 und 4.60. Man achte
beim Einkauf auf die Firma des Fabrikanten

Apotheker Wilh. Lahusen in Bremen.

Immer frisch u. echt zu haben nur in den Apotheken in
Bant, Wilhelmshaven, Neustadtgödens und Fedderwarden.

Leder-Ausschnitt

prima Eichenlohruben-Verbung, sowie

jämliche Schuhmacher- u. Bedarfsartikel
empfehlen

Gebr. Meyer, Heppens, Göterstr. 17.

Wilhelm Harms :: Nordenham

„Hansingstrasse 10.“

Buchhandlung, Zigarren, Zigaretten u. Tabak

Filial-Expedition des Nordd. Volksblattes.

Annahme von Drucksachen
aller Art für Handel u. Privat

unter Zusicherung prompter und sauberer Ausführung.

Gemeinde-Badeanstalt Bant, Oldeogest. 12.

Geöffnet wochentags 8 bis 1 Uhr und 3 bis 8 Uhr; Sonnabends
bis 10 Uhr. An Sonn- und Feiertagen von 8 bis 11 Uhr vormittags.
Die Schwimmbäder sind für Damen an jedem Montag und Donnerstag
nachmittag, in der übrigen Zeit nur für Herren geöffnet.

Beratet werden außer Reinigungsabläßern, alle medizinischen
Bäder, Wannenbäder (Herren- und Damen-Abteilung) 30 Pf., für zwei
Kinder 30 Pf., Brausebäder 15 Pf., für ein Kind 10 Pf. — Dampf-
und Heißluftbad 80 Pf., Ganzmassage 70 Pf., Teilmassage 50 Pf., electr.
Wasserbad 1 Mk., electr. Regenbad 2 Mk., electr. Strahlbad 1.50 Mk.,
electr. Röntgenbad, Patent Stanger, schwach 2.25 Mk., stark 3.50 Mk. u.
Preislisten in der Badeanstalt erhältlich.

Die Brennnesseln sind ein gesünderes Kraut, mit ihnen in Ver-
mischung zu kommen, tut sehr! Vögel, schilt
mit die Brennnesseln nicht! Das sind ganz nützliche Pflanzen. Sie geben
ein vorzügliches Haarwasser, dem Mama ihr schönes, volles, langes
Haar verdankt, das auch Papa vorzügliches abbraucht, weil er bald
Mondschneide befürchtet. **Wendelsteiner's Haarschnee** Brenn-
nessel-Spiritus, Flasche Mk. 1.00, 2.00 und 3.00, allein ährt
mit „Wendelsteiner's Haarschnee“ und „Brennnessel“, kräftigt die Haarwurzeln,
reinigt und stärkt den Haarboden, befeuchtet die Haarpapillen, verhilft das
Ausfallen der Haare, Haarfrost, Haarpilze, Raubkopfflecken. Zu haben
in allen Apotheken und Drogerien.

Empfehle:

Beste frische Molkecreibutter . 1 Pfund 1.38 Mk.
Beste frische Molkecreibutter II 1 Pfund 1.28 Mk.

Eilster Rahmhäse . . .	à Pfd.	80 Pf.
Eilster Rahmhäse . . .	à Pfd.	76 Pf.
Eilster Fettkäse . . .	à Pfd.	60 Pf.
Eilster Fettkäse m. Hämme .	à Pfd.	52 Pf.
Limburger Käse . . .	à Pfd.	52 Pf.
Limburger Käse mit Hämme .	à Pfd.	52 Pf.
Edamer Käse . . .	à Pfd.	86 Pf.
Smil. Schweizerkäse . . .	à Pfd.	110 Pf.
Smil. Schweizerkäse . . .	à Pfd.	96 Pf.
Feinsten Speisequark . . .	à Pfd.	34 Pf.
Feinst. Speisequark mit Sahne	Pfd.	44 Pf.

Bei ganzen Käsen entspr. billiger,
haben beste Belegungsstelle für Groß-
und Speisestellen. . . .
Größtes Schlachtfest hier am Schlachtfest.

Feiner: Vollmilch 18 Pf., Magermilch 6 Pf.,
Buttermilch . . . 8 Pf., Schlagmilch 180 Pf.,
Kaffeesahne . . . 120 Pf., saure Sahne 100 Pf.

Filiale der Dampf-Molkerei Kopperhörn

29 Göterstraße 29

sowie im Ladengeschäft der Molkerei, Berl.
Bismarckstraße 28.

Banter Konsum- und Sparverein

e. G. m. b. H., Bant.

Die geehrten Mitglieder werden dringend ersucht,
monatlich die kleinen Marken gegen große in den Ver-
kaufsstellen umzutauschen. **Der Vorstand.**

: Plakate :

betr. die Ansbung des Gast- und Schankwirtschafts-
Betriebes mit weiblicher Bedienung

vorrätig bei

Paul Hug & Co., Bant und Heppens.